

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 1. September 1928

Nummer 70

Zum 13. Gewerkschaftskongreß in Hamburg

In Hamburg, der alten deutschen Hansestadt, die man auch das deutsche Tor zur Weltwirtschaft nennen kann, wo die Wellen der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von jeher höher und stürmischer schlugen als in vielen andern deutschen Großstädten, tagt vom 3. bis 9. September d. J. der 13. deutsche Gewerkschaftskongreß. Wohl an die dreihundert Vertreter der 4 1/2 Millionen Mitglieder aller deutschen freien Gewerkschaften werden in diesem Arbeiterparlament soziale und wirtschaftliche Kulturfragen von grundlegendender Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft und darüber hinaus für die ganze deutsche Volkswirtschaft zu beraten haben. Und mit Recht werden daher die Augen aller denkenden deutschen Arbeiter auf die Verhandlungen und Ergebnisse dieses Kongresses gerichtet sein. Denn die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der letzten Jahre hat mehr als je zuvor gezeigt, daß die Lage der deutschen Arbeiterschaft trotz der politischen Staatsumwälzung und der dadurch erzielten Erweiterung der subjektiven Freiheit des einzelnen mehr als je zuvor von der Gestaltung und Entwicklung der realen Grundlagen und Zusammenhänge der gesamten Wirtschaft abhängig ist. Wögen auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse in einzelnen Industrie- und Gewerbebezügen im Vergleich zu früheren, viel schlechteren Zeiten, teilweise wesentlich besser geworden sein, so zeigt sich trotzdem, daß sie sich im Hinblick auf die riesigen Fortschritte in Wissenschaft und Technik in sozialer Beziehung noch in so engen Grenzen halten, daß sie dringend einer Erweiterung bedürftig sind, wenn sich nicht die politische Befreiung des deutschen Volkes nur als eine taube Kuh und somit als kulturell wertlos erweisen soll. Denn an die Stelle der früheren politischen Bevormundung der großen Volksmasse durch wenige Autokraten ist inzwischen der Druck einer Plutokratie getreten, für die der schaffende Mensch nur ein Mittel ihres egoistischen Gewinnstrebens ist. Daß der größte Teil der Träger dieses Ausbeutungssystems selbst in den Schlingen dieser sozialen Wirtschaftsform gefangen ist und sich ebenfalls kaum noch vor immer stärkerer Einengung seiner bisherigen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit zu schützen vermag, ist nur die logische Folge dieser Herrschaft des goldenen Kalbes oder des brutalen materialistischen Kapitalismus. Man kann darin zunächst eine Bestätigung der Richtigkeit der Lehre von Karl Marx bezüglich der inneren Aushöhlung des Privatkapitalismus infolge seiner eignen vernunftwidrigen Konstruktionsfehler erblicken, gleichzeitig aber darin auch die natürliche Möglichkeit und Notwendigkeit einer Umwandlung dieser innerlich immer haltloser werdenden Wirtschaftsform erkennen. Und mit Stolz behaupten wir, daß unsere Gewerkschaftsbewegung von Anfang an ein immer kräftiger wirkendes Zerlegungsinstrument innerhalb dieses Ausbeutungssystems geworden ist, und zwar im Interesse der Verteidigung, Wahrung und Wahrung der allgemeinen Menschenrechte auf wirtschaftlicher Grundlage.

Der bevorstehende Gewerkschaftskongreß in Hamburg wird diesen Stand der Dinge näher zu präzisieren und weitere Mittel und Wege zur Auflösung und Umwandlung der sich von Tag zu Tag immer deutlicher als verkehrt erweisenden Ordnung der wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens der großen Volksmassen in eine kulturell höher stehende Wirtschaftsform zu suchen und festzustellen haben.

Dazu gehört zweifellos auch eine ernsthafte Prüfung der seit dem letzten Gewerkschaftskongreß in Breslau vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und insbesondere von seinem Bundesvorstand unternommenen Schritte und Versuche zur Erfüllung seiner Aufgaben. Wir sind überzeugt, daß selbst der Bundesvorstand der Ansicht ist, daß neben manchen beachtenswerten Fortschritten auf gewerkschaftlichem Boden auch manche Fehler oder Mißerfolge zu verzeichnen sind. Wir wollen an dieser Stelle weder von den Erfolgen noch vom Gegenteil einzelne Beispiele herausgreifen. Das mag den Kongreßverhandlungen in Hamburg in der Aussprache über den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Vericht des Bundesvorstandes“, selbst vorbehalten bleiben. Es wird zweifellos nicht an kritischen Stimmen fehlen. Aber der Bundesvorstand wird wahrheitslieblich der letzte sein, der dies bedauern wird. Denn wer so viel Verantwortung zu tragen und so schwierige Aufgaben zu erfüllen hat, wird und muß dankbar für jeden Hinweis sein, der ihm seine Tätigkeit für die Zukunft erleichtern kann. Zu wünschen bleibt nur, daß diese Kritik, gleich von welcher Seite sie auch erfolgen mag, sich in sachlichen Bahnen bewegt und den Boden realer Tatsachen nicht verläßt. Wie wir schon in Nr. 61 vom 2. August nachweisen konnten, liegen eine Reihe von Anträgen vor, die nur schwer mit solchen eigentlich selbstverständlichen Voraussetzungen zu vereinbaren sind. Da jedoch damit zu rechnen ist, daß die übergroße Mehrheit der Kongreßbelegierten sich ihrer ersten Verantwortlichkeit für eine weitere gesunde Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bewußt ist und daher einseitig parteipolitisch orientierten Utopisten keine Gefolgschaft leisten wird, haben auch wir keinen Anlaß, auf weitere Einzelheiten hier einzugehen. Gerade wir Buchdrucker, die wir unbestritten weitgehende gewerkschaftliche Erfahrungen besitzen, haben gar keine Ursache, dem Bundesvorstand Steine in den Weg zu legen, mit denen er angesichts der ihn umgebenden Schwierigkeiten doch nichts in unserem Sinne ausrichten könnte. Wir freuen uns im Gegenteil mit ihm, daß die deutschen freien Gewerkschaften trotz aller Schwierigkeiten wieder in erfreulichem Aufstieg begriffen sind, und daß der Einfluß unserer Gewerkschaften in Staat wie Wirtschaft zu stärkerer Geltung gebracht werden konnte. Daß dabei nicht überall die gewünschten Erfolge erzielt werden konnten, kann dem Bundesvorstand allein nicht zum Vorwurf gemacht werden. Daß es noch eine ganze Reihe von Widerständen gegen gewerkschaftlich berechtigte Forderungen gibt, darüber braucht man sich besonders dann nicht zu wundern, wenn man beachtet, daß von je 100 gewerkschaftlich organisationsfähigen Arbeitern und Arbeiterinnen in Deutschland nur erst ein Viertel unsern Reihen angehört. Würden dies statt nur 25 wenigstens die berühmten 51 Proz. sein, dann würden die sogenannten Wirtschaftsführer im Unternehmerlager sicher wesentlich stiller und die Macht des Bundesvorstandes der freien Gewerkschaften dementsprechend größer sein. Darüber wird auch der diesmalige Gewerkschaftskongreß nicht hinwegkommen. Das sind eben reale Tatsachen, über die man leider auch mit noch so viel Idealismus nicht hinweghauen kann.

Nicht viel anders steht es bezüglich des Tempos der nach dem dritten Punkt der Tagesordnung des Kongresses erstrebten „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“. Mit Recht hat die letzte Bundesauswahlsitzung (vgl. Nr. 62 des „Korr.“ vom

4. August) aus dem viel zu starren Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ eine „Demokratisierung der Wirtschaft“ gemacht. Das bewahrt unser gewerkschaftliches Leben vor einem neuen und nur verwirrenden Schlagwort. Denn Demokratie heißt stungemäß Volksherrschaft im Gegensatz zu Autokratie (unbeschränkte Selbstherrschaft) und Plutokratie (Geldherrschaft). Von Wirtschaftsdemokratie kann man daher erst sprechen, wenn das Volk die Wirtschaft tatsächlich beherrscht und nicht wie dies nach Überwindung der Autokratie heute noch in der Hauptsache durch die Plutokratie geschieht. Wir sind daher auch der Ansicht, daß echte Wirtschaftsdemokratie der von uns erstrebten sozialistischen Wirtschaftsordnung so ähnlich ist wie ein Ei dem andern. Wir wollen darum auch auf die mehr akademischen als volkstümlichen Erörterungen dieser Frage hier nicht mehr eingehen, weil es den Begriff Demokratie abschwächen hieße, wenn man diesem eine andre Bedeutung als dem der Volksherrschaft beilegen würde. Wir begrüßen es, daß sich der Bundesauswahlschuß von einer solchen Verfallhornklärung des Begriffs Wirtschaftsdemokratie freigemacht und diese erst durch Demokratisierung der Wirtschaft als erreichbar beurteilt. Das ist gewerkschaftlich gedacht und bleibt auf dem Boden der Tatsachen, stellt das Ziel nicht an den Anfang sondern erst als das Resultat unserer gewerkschaftlichen Bestrebungen hin. Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet, wie der Bundesvorstand selbst in seinem diesbezüglichen Antrage zum Ausdruck bringt, die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut. Sie bedeutet ferner die Ersetzung der leitenden Organe der Wirtschaft, die heute nur privatkapitalistische Interessen vertreten, durch solche, die nur noch die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten haben. Auf diese Weise führt Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus. Schon die bisherigen Gegenwirkungen der organisierten Arbeiterschaft gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmertums sind in dieser Richtung nicht erfolglos geblieben. Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft sind bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überfließt worden. Der größte Teil der Arbeitsbedingungen hängt nicht mehr vom freien Spiel der Kräfte oder nur von den Wünschen des Unternehmertums ab, sondern wird gestaltet unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgeformt von Gesetzen, die der demokratisierte Staat gegen die frühere und bisherige Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch eine Wandlung des Eigentums- und Vertragsrechts wird mehr und mehr sichtbar. Diese Anfänge einer Neuordnung in Wirtschaft und Recht erleichtern es der organisierten Arbeiterschaft, mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und der politischen Hilfsmittel die Demokratisierung der Wirtschaft in schnellerem Tempo als bisher zu fördern. Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts, des sozialen Arbeitsruherechts, Ausbau und verstärkte Selbstverwaltung der Sozialversicherung, Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und ihrer Vertreterinnen in den Betrieben, paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Körperlichkeiten, Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, Zusammenfassung von Industrien oder ganzen Gewerben zu Selbstverwaltungskörpern, Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, Entwic-

lung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, Förderung der Konsumgenossenschaften und Beseitigung der bisherigen Bildungsmonopole usw., das alles sind Mittel und Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft im besten Sinne des Wortes. Die Durchführung dieser Aufgaben wird im Sinne der diesbezüglichen Anträge des Bundesvorstandes nicht nur die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterschaft verbessern, sie wird gleichzeitig durch die Befreiung der Wirtschaft vom privaten Profitstreben die Lebensbedingungen der Gesamtheit des Volkes auf eine höhere Stufe heben.

Um die Erreichung dieses Zieles zu beschleunigen, ist eine bessere Allgemein- und Berufsausbildung der Arbeiterschaft erforderlich. Die Einordnung der Arbeiterbildung in ein einheitlich aufbauendes System der Volkshochbildung ist daher die zentrale Aufgabe jeder Reform des öffentlichen und freien Bildungswesens. Diese Erkenntnis findet ihren Ausdruck in besonderen Leitfäden, die der Bundesvorstand zum vierten Punkt der Tagesordnung des Hamburger Gewerkschaftskongresses, „Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften“, aufgestellt hat. Sie erstrecken sich zunächst auf das Volkshochschulwesen. Die Volkshochschule wird als gemeinsame Grundlage des gesamten Bildungswesens im neuen Staate erklärt. Ihr Lehrplan ist für alle Schüler einheitlich zu gestalten. Uneingeschränkte Weltlichkeit ohne Anerkennung irgendeiner andern Schulhoheit als der des Staates muß erste Bedingung sein. Arbeitsunterricht stellt in den oberen Klassen die Grundlage für die spätere Berufsbildung werden. Dementsprechend wird eine Verlängerung der Schulpflicht in Verbindung mit einer allgemeinen Verkürzung der nachfolgenden beruflichen Lehrzeit auf nur noch drei Jahre gefordert. Man kann über die Zweckmäßigkeit dieser letzteren Forderung bei besonders qualifizierten Berufen, insbesondere bei solchen, wo die Fortschritte der Produktionstechnik keine Vereinfachung der Berufseinstufung, sondern eine Konzentration vieler bisher einzelner und geteilter Arbeitsverrichtungen oder -verfahren in eine Hand gebracht haben, geteilter Meinung sein. Aber das könnte kein Grund dafür sein, daß man dem gesunden Prinzip einer einheitlicheren, besseren und längeren Volkshochbildung nur deshalb nicht zustimmen wollte, weil damit eine Verkürzung der beruflichen Lehrzeit verbunden sein könnte. Zur Vermeidung unzureichender Berufsausbildung oder, lautlicher, Nachteile wird es auch dann noch weitere Mittel und Wege geben, über die man schon zu einer Verständigung innerhalb der beteiligten Kreise kommen wird. Insbesondere wird Buchdrucker werden uns deswegen keine besonderen Sorgen machen, sondern uns schon zu helfen wissen, wenn sich aus solchen Veränderungen im beruflichen Bildungswesen irgendwelche Störungen ergeben würden. Wir haben daher auch keinen besonderen Anlaß, den zum gleichen Punkt vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Anträgen zum Berufsschulwesen unsere Zustimmung zu verweigern. Diese liegen in der Hauptsache an und für sich schon in der gleichen Richtung, in der wir schon seit vielen Jahren innerhalb unseres Verbandes durch die Sparten und den Bildungs-

verband tätig sind. Das gleiche gilt für den Ausbau des rein gewerkschaftlichen Bildungswesens. Wir möchten zwar nicht verhehlen, daß wir Buchdrucker einer mehr theoretischen als auf längerer beruflicher und betrieblicher Erfahrung aufgebauten gewerkschaftlichen Ausbildung im allgemeinen weniger Sympathie entgegenbringen, als dies in andern Gewerkschaften der Fall zu sein scheint. Wir verneinen aber trotzdem nicht, daß die Größe und Struktur vieler andern Gewerkschaften und der dadurch bedingte anders geartete Verwaltungsapparat eine besondere Funktionärschulung erforderlich macht. Wir können und wollen daher in dieser Beziehung in der Hauptsache nur insoweit mitreden und mithelfen, als die auf diesem Gebiete für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, aus ihrem Wachstum entstandenen Schwierigkeiten nach Möglichkeit abgeschwächt und überwinden werden können. Wenn dabei noch mehr Kräfte als bisher aus Buchdruckerkreisen für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Gewerkschaftsbewegung im besonderen wie auch für öffentliche Ämter in Gemeinde und Staat gewonnen werden können, so würde uns dies nur freuen; für den eignen Organisationsbereich dagegen wird auch in Zukunft die Funktionärausbildung in der Hauptsache auf das persönlich erworbene Vertrauen der Betroffenen innerhalb des Verbandes und des Berufs gestellt bleiben. Ob das ein Vor- oder Nachteil ist, soll hier nicht beantwortet werden. Jedenfalls gibt sowohl die Entwicklung wie der heutige Stand unserer Organisation nach innen wie außen eine ziemlich unzweideutige Antwort auf diese Frage. Wir hoffen und wünschen daher nur, daß die diesbezüglichen Beratungen und Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses die an den Ausbau der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit geknüpften Erwartungen in baldige Erfüllung gehen lassen.

Auch bezüglich der Anträge zum fünften Punkt der Tagesordnung, „Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung“, haben wir den Wunsch, daß das Verhandlungsergebnis eine kräftige Förderung der gestellten Aufgaben bedeutet. Da wir alle hierher gehörigen Fragen im „Korr.“ in den letzten Monaten und Wochen schon zur Genüge erörtert haben, können wir an dieser Stelle auf die Aufzählung von Einzelheiten verzichten. Der Bundesvorstand hat alle diesbezüglichen Forderungen in einen zusammenfassenden Antrag verbunden, wozu alle Zweige der Sozialversicherung (mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung) territorial aufgebauten Versicherungsträgern unterstellt werden sollen. Die Vormundschaft von Unternehmerseite und der behördlichen Bürokratie soll durch das Recht der Selbstverwaltung seitens der Versicherten unter kollektiver Mitwirkung der wirtschaftlichen Vereinigungen beseitigt werden.

Damit haben wir die wichtigsten Punkte der Tagesordnung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses einer kurzen Vorbesprechung unterzogen. Die Fragen der Organisationsform sowie der Verwaltungsreform

sehen nicht offiziell auf der Tagesordnung. In der ersteren, soweit das Problem Industrie- oder Berufsverband in Betracht kommt, ist nach oft stürmischen Erörterungen auf früheren Gewerkschaftskongressen ein gewisser Burgfrieden eingetreten. Soweit es sich in der Zwischenzeit als zweckmäßig erwiesen hat, hat sich, ohne großen Lärm ein ganz beträchtlicher Zusammenschluß früher selbständiger Gewerkschaften vollzogen, so daß deren Zahl heute nur noch 35 gegen 66 noch vor wenigen Jahren beträgt. Zwar fehlt es auch diesmal nicht an Anträgen, die diesen Verschmelzungsprozeß beschleunigen, ja teilweise durch den Gewerkschaftskongreß diktiert sehen wollen; zweifellos wird aber der Kongreß solchen Wünschen keine Rechnung tragen. Denn hier handelt es sich um Fragen, deren Lösung sich aus der inneren Entwicklung der einzelnen Gewerkschaften von selbst ergeben muß und wird. Aber die Möglichkeit der Durchführung einer einheitlichen Verwaltungsreform auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Unterstufungswesens usw. haben die Verbandstage der einzelnen Gewerkschaften zu entscheiden. Der Gewerkschaftskongreß kann da nicht vorgreifen, da es sich dabei um sehr materielle Dinge handelt, für die die einzelnen Gewerkschaften selbst einzustehen oder aufzukommen haben. Auch die in den letzten Monaten stark umstrittene Tariffrage und das Schlichtungswesen bilden keinen besonderen Verhandlungsgegenstand. Inwieweit einzelne Anträge zu einer besonderen Befandlung dieser Fragen Anlaß geben können, bleibt abzuwarten. Die Dinge liegen eben auch hier so, daß das Für und Wider sehr stark von den inneren Kräfteverhältnissen einer jeden Gewerkschaft abhängt, und daß mit einheitlichen Richtlinien oder Parolen diesen unterschiedlichen Verhältnissen nicht in allgemein befriedigender Weise Rechnung getragen werden kann. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß auf diesem Gebiete keine Reform nötig wäre. Im Gegenteil. Fraglich bleibt nur, ob es taktisch klug wäre, gesetzliche Normen zu erstreben, die dem einen nützen, während sie dem andern schaden können. Es hieße freigewerkschaftlichen Grundsätzen Gewalt antun, wenn man besonders nach dieser Richtung alles über einen Leisten schlagen wollte. Bleiben wir also auch hier auf dem Boden der realen Tatsachen und erwarten von dem Gewerkschaftskongreß keine Wunder, sondern objektive, d. h. sachliche Feststellung dessen, was ist und was wir mittels gewerkschaftlicher Kräfte praktisch daran bessern können. Es ist viel wertvoller, wir bleiben uns bewußt, daß wir noch mit stärksten Gegnern sowohl innerhalb wie außerhalb der deutschen Grenzen zu rechnen haben, und daß noch ganz andre Kräfte dazu gehören, um diese Gegner, die um ihre jahrhundertelange Herrschaft auf wirtschaftlichem Gebiete sich in Abwehrstellung gegen uns befinden, endgültig aus dem Sattel zu werfen. In diesem Sinne ist erfreulicherweise die Tagesordnung des Hamburger Gewerkschaftskongresses frei von jeder Utopie oder Illusion. Sie bietet daher die Möglichkeit, praktische Gewerkschaftsarbeit zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft zu leisten. Möge in diesem Sinne das deutsche Gewerkschaftsparlament in Hamburg seine Pflicht tun!

Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung Zum Hamburger Gewerkschaftskongreß

Die Stärkung der politischen Demokratie im Staat hatte nicht das gebracht, was die Begründer der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung von ihr erhofft hatten. Es zeigte sich, daß die bestehende Minderheit dank ihres Besitz- und Bildungsmonopols über genügende Beeinflussungs- und Druckmittel verfügte, um die Mehrheit der Bevölkerung vom richtigen Gebrauch ihres Wahlrechts abzuhalten. Man erkannte den Unterschied von Demokratie des Stimmzettels und sozialer Emanzipation. Freiheitserklärung in der staatsbürgerlichen Sphäre bedeutet noch nicht Freiheitserklärung in der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lebenssphäre. Aus der Erkenntnis der Unzulänglichkeit aller nur politischen Demokratie erwuchs so die Forderung der Wirtschaftsdemokratie, die als Ergänzung zur politischen Demokratie gedacht wurde.

Um den Begriff Wirtschaftsdemokratie zu verstehen, muß man von den gewaltigen Veränderungen ausgehen, die der Kapitalismus im Laufe seiner Entwicklung erfuhr. Auf eine kurze und prägnante Formel gebracht, bedeuten diese Veränderungen die Entwicklung vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum organisierten Monopolkapitalismus. Das Prinzip der freien Konkurrenz weicht mehr und mehr dem Prinzip der planmäßigen Produktionsregelung und der organisierten Marktbeherrschung. An die Stelle einer durch die Wirkungen von Angebot und Nachfrage herbeigeführten autonomen Selbstregulierung tritt eine Wirtschaftsführung, der jedoch die planmäßige Vereinheitlichung und die Ausrichtung auf das Allgemeinwohl fehlt. Sie dient nicht wirtschaftlichen Gesamtinteressen, sondern der Erhöhung der normalen Profitrate, um die dem schwächeren Partner abgerungene Monopolrente. Sie bleibt

bruchstückhaft, weil sie sich aufbaut auf der Zufallsmitwirkung bloßer Machtverhältnisse. Sie muß daher in ein System gebracht und auf den Dienst an der Volksgesamtheit schrittweise umgestellt werden. Nur können die sich im Monopolkapitalismus herausbildenden und immer mehr verschärfenden Gegensätze: Erzeuger gegen Weiterverarbeiter, Erzeuger gegen Händler, Erzeuger gegen letzte Verbraucher, entspannt werden. Wie kann eine solche Entwicklung in Fluß gebracht werden und wie wird das Ziel, eine solche, kapitalistischen Sonderinteressen dienende Privatwirtschaft in eine dem allgemeinen Volksinteresse dienende Versorgungswirtschaft zu überführen, erreicht werden?

Im organisierten Monopolkapitalismus sind die Leitungsfunktionen der Wirtschaft übertragen worden auf besondere Verwaltungsorgane, die über den einzelnen Unternehmungen stehen und die man als Unternehmungsorganismen zu bezeichnen pflegt. Syndikaten, Kartellen, Trusts und Konglomeraten fiel die Wirtschaftsführung im Monopolkapitalismus zu. Auf zwei Wegen kann das Ziel, diese Organe der Wirtschaftsführung dem allgemeinen Interesse zu unterstellen, erreicht werden: 1. durch Ausdehnung der staatlichen Kontrollbefugnisse über die Wirtschaft, 2. durch Demokratisierung der Wirtschaftsführung. Diese Demokratisierung der Wirtschaftsführung wird erreicht durch Einsetzung von Arbeitervertretern, d. h. von Vertretern der Arbeiterorganisationen in alle Stellen der Wirtschaftsführung, eine Einsetzung, die mit Hilfe des Staates auf gesetzlicher Grundlage zu erfolgen hat und nicht auf der Basis freiwilliger und jeder Zeit kündbarer Vereinbarungen. Hier liegt der Gegensatz zu den prinzipiell falsch aufgebauten und darum ergebnislosen und mit Recht abgelehnten früheren „Arbeitsgemeinschaften“ der Revolutionsstage. Der organisierte Kapitalismus schuf den Begriff der Wirtschaftsführung, indem er den einzelnen

Unternehmer seiner Souveränität entthob und ihn der Verbandsleitung unterstellte. Die Kontrolle des Unternehmers durch den Unternehmerverband ist zu erweitern und umzustellen durch die Einsetzung des gewerkschaftlichen Einflusses in die Kontrollinstanzen unter der Oberkontrolle des demokratischen Staates. Der Staat hat den gesetzlichen Rahmen und die organisatorischen Voraussetzungen für eine einheitliche Wirtschaftsführung und eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft zu schaffen, eine Aufgabe, für die der Artikel 156 der Reichsverfassung die geeignete Handhabe bietet, indem dieser Artikel die Möglichkeit gewährt, einzelne Industriezweige zu Industriezweigschaften zusammenzufassen. So bedeutet Demokratisierung der Wirtschaft Beseitigung der öffentlich kontrollierten Wirtschaft. Ihr Ziel ist, die autokratische Wirtschaftsverfassung durch eine demokratische Regelung zu ersetzen. Ohne eine Unterordnung der Besitzkräfte unter die Interessen der Gesamtheit ist Wirtschaftsdemokratie nicht durchführbar. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Wirtschaftsdemokratie, neben dem Gemeinwesen Staat das erst im Werden begriffene Gemeinwesen Wirtschaft zu sehen, neben gleichberechtigtes Staatsbürgertum gleichberechtigtes Wirtschaftsbürgertum zu stellen.

Es bleibt noch die Aufgabe, den Begriff der Wirtschaftsdemokratie abzugrenzen gegen den Begriff der Betriebsdemokratie. Betriebsdemokratie bedeutet konstitutionelle Fabrikordnung, Mitbestimmungsrecht des Arbeiters im Betrieb, Beseitigung des berüchtigten „Herrn-im-Haus-Standpunktes“. Betriebsdemokratie bedeutet Regelung der Arbeitsbedingungen auf Grund des autonomen Kollektivrechts und auf Grund der Normen des Staatsgesetzes. Die Fragen des Arbeiterschutzes, der Arbeitserwerbsarbeit, der Arbeitsordnung usw. liegen auf dem Gebiet der Betriebsdemokratie. Wirtschaftsführung ist aber nicht identisch mit

Betriebsführung, ebensowenig wie der Arbeitsmarkt identisch ist mit dem Arbeitsverhältnis. Der Zuständigkeitsbereich der Betriebsdemokratie findet an den Grenzen des Betriebs seine Grenzen. Betriebsdemokratie will die soziale Freiheitsphäre der Arbeiterklasse garantieren. Wirtschaftsdemokratie aber ist kein freiheitsrechtliches, sondern ein gemeinschaftsrechtliches Prinzip. Sie geht aus auf Wirtschaftsorganisation und bezweckt deren öffentliche und soziale Verankerung.

Wenn große Teile der organisierten Arbeiterklasse allen wirtschaftsdemokratischen Gedankengängen lange Zeit hindurch misstrauisches Widerstreben entgegensetzten und teilweise noch heute entgegenbringen, so ist der Grund für diese Geisteshaltung in der Befürchtung zu suchen, daß Wirtschaftsdemokratie eine unbefriedigende Abzugszahlung, ein trügerisches Surrogat für das erstrebte und umkämpfte Endziel sein könne. Hinzu kommt, daß man Wirtschaftsdemokratie häufig verwechselte mit jener „Arbeitsgemeinschaft“ von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Revolutionszeit, deren resultatloser Zusammenbruch wenig angenehme Erinnerungen bei der Arbeiterklasse zurückgelassen hat. Zudem bleiben alle unter dem Titel Wirtschaftsdemokratie vorgetragenen Meinungen mit mannigfachen Unklarheiten und Widersprüchen behaftet. Es herrschte ein Meinungsstreit darüber, ob Wirtschaftsdemokratie eine bereits im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erfüllbare Gegenwartsforderung darstellt, oder ob sie ein Zukunftsideal und ein Teil der jenseits des Kapitalismus beginnenden sozialistischen Wirtschaftsordnung sei. So war der Begriff der Wirtschaftsdemokratie lange Zeit mehr ein Fragezeichen als ein Programm. Zwar gab es auch hinsichtlich der Sozialisierung Gegenständlichkeiten der Auffassung, doch waren diese mehr technischer Art. Aber das grundsätzliche Wesen und in der politischen Bewertung herrschte Einmütigkeit. Hier aber fehlte lange Zeit hindurch jede Klärung, was Wirtschaftsdemokratie überhaupt sei, wo ihre Ansatzpunkte liegen, ob sie eine Etappe zum Ziel darstellt oder einen in die Irre führenden Abweg. Demgegenüber muß festgestellt werden: Wirtschaftsdemokratie ist nicht mehr reiner Kapitalismus und noch nicht sozialistische Wirtschaft. Sie ist Zwischenland zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Vorstufe der Sozialisierung und ihr Wegbereiter. Das Kraftbewußtsein der immer mehr erstarkenden Arbeiterbewegung verlangte nach unmittelbarer praktischer Tat, auch wenn der Erfolg zunächst nur eine erste Abzugszahlung bedeuten konnte. Es entspricht weder dem Machtbewußtsein noch der tatsächlichen Machtstellung der Arbeiterklasse, sich ausschließlich auf das Warten zu verlegen, nur zu trommeln, ohne den Marsch anzutreten. Der Kapitalismus ist ein in fortwährendem Gestaltungsfluß befindliches Gebilde, und der Machtinfluß der Arbeiterklasse macht, an den rechten Stellen eingeseht, aus den sich im Kapitalismus vollziehenden Entwicklungsvorgängen Ansatzpunkte einer neuen Gesellschaftsordnung. Sozialisierung ist ein viel verzweigter und langwieriger sozialer Prozeß, kein einmaliger revolutionärer Akt. Dieser Prozeß wird vorangetragen durch die autonome Kraft der Arbeiterbewegung, zusammengefaßt im Machtkampf der Gewerkschaften und der Partei. Noch haben wir keine Wirtschaftsdemokratie, denn noch fehlt das Gemeinwesen Wirtschaft und noch besteht das Volkswort des Privateigentums an den Produktionsmitteln fort. Wohl aber ist vorhanden ein Prozeß der Wirtschaftsdemokratisierung, eine Entwicklung zur Wirtschaftsdemokratie, die bereits an vielen Ansatzpunkten sich zeigt (Reichswirtschaftsrat, Reichsstoffrat, Reichsfallrat, Verwaltungsrat der Reichspost, Reichseisenbahnrat, Zentralausschuß der Reichsbank, Reichswasserstraßenrat, Beirat für das Branntweinmonopol usw.). Wirtschaftsdemokratie als Weg zur Wirtschaftssozialisierung, durch den Prozeß der Wirtschaftsdemokratisierung zum Gemeinwesen der sozialistischen Wirtschaft, das ist der Weg und die historische Einordnung und Aufeinanderfolge.

berf. in. Dr. Ernst Kölling.



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Matthias Seyles in Mainz
Eingetretten: 1. September 1878 - Firma Karl Theger



Emil Weidert in Dessau
Eingetretten: 8. April 1875
Fest Invalide



Ad. Schwarztopf in Dessau
Eingetretten: 1. Juni 1875
Fest Invalide



Der Internationale Sozialistkongreß zu wichtigen Wirtschaftsfragen

Neben den politischen Fragen, die auf der kürzlich abgehaltenen Tagung des Internationalen Sozialistkongresses in Brüssel erörtert wurden, hat die Stellungnahme zu der wirtschaftlichen Entwicklungsperiode des letzten Jahrzehnts für die Gewerkschaften ein besonderes Interesse. In der Kommission, der die Frage zur Behandlung überwiesen wurde, ergab sich sehr bald eine Übereinstimmung darüber, welche Nachteile in dem rasenden Tempo der Rationalisierung im Arbeitsprozeß für die Arbeiterklasse entstanden sind; wachsende Machtentfaltung des Anwachsen der Konzerne, Trusts und Kartelle, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete bedeutet und welche Kampfmittel den Gewerkschaften demgegenüber zu Gebote stehen. Ergab sich in der Aufzeichnung der wirtschaftlichen Entwicklung eine vollständige Übereinstimmung, so kam in der Wertung gerade der Rationalisierung eine geringe Meinungsverschiedenheit zum Ausdruck. Schon

Sillquit (Amerika) hatte in seinem vorzüglichen Referat, in dem er die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten und die Verschiebung der überlegenen Macht des Finanzkapitals von Europa nach Amerika darlegte, betont, daß die Rationalisierung auch in Amerika auf Kosten der Arbeiter sich vollzog. Obwohl dort die Konsumkraft der Massen eine gewisse Steigerung erfahren hat, lieft die steigende Arbeitslosigkeit den Beweis, daß ein Ausgleich zwischen gesteigerter Produktion und erhöhtem Konsum nicht in befriedigendem Maße erfolgt ist. Wir können hinzufügen, daß in den beiden großen Industriestaaten England und Deutschland dies in noch viel ausgeprägterem Maße zur Auswirkung kommt.

Es fehlte auf dem Kongreß nicht an Stimmen, wenn auch vereinzelt, die eine Frontstellung gegen die Rationalisierung forderten. Aber die in der sozialistischen Kritik immer folgerichtiger Erkenntnis, daß ein Ausweichen in der technischen Entwicklung des Betriebes und auch in der Akkumulation des Kapitals ein aussichtsloses Beginnen ist, kam klar zum Durchbruch. Wir würden zurückkehren zu einem Stimmungsausbruch wie er die englischen Textilarbeiter beherrschte, als im vorigen Jahrhundert die Spinnmaschinen und der mechanische Webstuhl eingeführt wurde. Nicht nur, daß es sich bei der Rationalisierung um eine zwangsläufige Tendenz in der kapitalistischen Entwicklung handelt, es ist auch ein kultureller Fortschritt, wenn wir in immer höherem Ausmaß menschliche Arbeit durch maschinelle Leistung ersetzen; besonders dann, wenn es gelingt, durch eine Verbilligung in der Produktion und Preisherabsetzung der Ware eine gesteigerte Aufnahme des Absatzes in den breiten Volksmassen zu erreichen. Ein Industriestaat, der auf eine rückständige Produktionsform fest bleibt, verliert die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und wird auf dem Innenmarkt vom Auslande überannt. Insofern bedeutet die Rationalisierung, auch vom Interessenstandpunkt der Arbeiter gesehen, einen gewissen Vorteil.

Nun aber zu den Abwehrmitteln, die in der Resolution des Kongresses im Interesse der Arbeiterklasse empfohlen werden. Die Resolution besagt darüber: „Innerhalb jeder Nation muß die Arbeiterklasse es lernen, ihre politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Macht dazu zu benutzen, um die kapitalistischen Monopole unter die Kontrolle des Gemeinwesens und der organisierten Arbeiterklasse zu setzen, die öffentliche Wirtschaft und die Genossenschaften der Arbeiter auf Kosten der Privatwirtschaft der kapitalistischen Monopole auszudehnen und zu entwickeln und um Schutze der durch die neuen Produktionsmethoden gefährdeten Massen die Arbeitererziehung und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisationen bei der Durchführung der Rationalisierung auszubauen. Sie muß ferner die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Kollektivverträge und die Sicherung steigender Reallohn erkämpfen.“

Die hier empfohlenen Mittel erscheinen gegenüber dem Riesenausmaß der kapitalistischen Macht etwas schwach. Otto Bauer hat das in seinem Referat über die politische Lage wohl mit einem deutlichen Hinweis auf diesen Mangel der Resolution zu erkennen gegeben und von einem Neok Revisionismus gesprochen. Gewiß, die Kontrolle der Monopole mit Hinzuziehung der organisierten Arbeiterklasse wird wenig an dem Hauptübel der Arbeitslosigkeit ändern. Die Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben; die dauernde große Arbeitslosigkeit in England, die immer noch erhebliche Arbeitslosigkeit in Deutschland und als wichtiges Moment die wachsende Arbeitslosigkeit in Amerika, lassen erkennen, daß das Arbeitslosenproblem im Vordergrund steht. Die Resolution hat das nicht deutlich hervorgehoben, aber der Hinweis auf die Gestaltung der Arbeitererziehung läßt hier einen weiten Spielraum für die praktische Anwendung. Je mehr wir in die Rationalisierung der Betriebe, in den Zusammenschluß zu großen Industriekonzernen hineingeraten, desto deutlicher wird es sichtbar,

Freiheit und Bindung im Wirtschaftsverlauf

Auf einer Tagung der deutschen Betriebswirtschaftler, die vor einigen Monaten in Wien stattfand, hat der bekannte Wiener Professor Schmalenbach in einer viel beachteten Rede den Ausdruck getan: „Ich bin überzeugt, daß wir in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustand kommen müssen, den auch die Zünfte besäßen.“ Das besagt, daß wir uns einem Wirtschaftszustand nähern, der ganz im Zeichen der Bindung steht. Genau wie die Formen einer Wirtschaft sich dauernd verändern, wechseln auch die Prinzipien, von denen eine Gesamtwirtschaft beherrscht wird. Diese gehen in ihrer Vielfältigkeit auf die beiden Grundideen „wirtschaftliche Freiheit“ und „wirtschaftliche Bindung“ zurück. Freihandel oder Schutzpolitik, Konkurrenzkampf oder planvolle Marktwirtschaft, individueller Arbeitsvertrag oder kollektives Arbeitsrecht — stets geht hier die Scheidelinie zwischen Freiheit und Bindung hindurch. Sie verläuft nicht immer gerade, denn in einer Wirtschaft, die, wie wir es gegenwärtig erleben, ganz im Zeichen des Überganges steht, gibt es viel Nebeneinander und ein dauerndes Verschieben. Aber aus der Tendenz der Gesamtwirtschaft wirtschaftliche Zukunftsformen und damit wirtschaftliche Zukunftsaufgaben zu erkennen ist möglich und für den Betriebswirtschaftler notwendig.

Wirtschaftliche Bindung an wen und wirtschaftliche Freiheit wozu? Das sind die Kernfragen, deren Beantwortung das Wesen der Liberalen wie auch der Gemeinwirtschaft

klärt. Beispiele aus dem Wirtschaftsverlauf mögen hier beide wirtschaftlichen Grundprinzipien erläutern. Das Muster einer gebundenen Wirtschaft stellt die mittelalterliche Zunftverfassung dar. Sie wurde von der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsform abgelöst, die jetzt, wie Professor Sombart es nennt, ihren Lebensabend durchläuft, um wieder einem gebundenen wirtschaftlichen System Platz zu machen. Wenn diese Annahme stimmt — und alles spricht für ihre Richtigkeit —, dann müssen sich zwischen der gebundenen Wirtschaft früherer Zeiten und der Entwicklungsperiode, in die wir offensichtlich jetzt hineingehen, Ähnlichkeiten und auch Unterschiede zeigen, die zu erkennen für unsre praxis-gewerkschaftliche Arbeit notwendig ist.

Der Unternehmer der mittelalterlichen Wirtschaft war der Handwerksmeister. Seine Zugehörigkeit zu der wirtschaftlichen Unternehmerorganisation der damaligen Zeit war für ihn nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch eine Lebensnotwendigkeit. Denn Mitgliedschaft in der Zunft war für ihn identisch mit Verzichtung seiner Existenz. Die Zunft legte dem rechtlich freien Handwerker mancherlei Bindungen auf. Er war nicht frei im Bezug der Rohstoffe für seinen Werkstattbetrieb. Die Zunft wies ihm die erforderliche Menge von Leder, Wolle usw. zu. Dasselbe galt für den Preis. Vom Zunftpreis abzuweichen, hieß Verletzung der selbstgegebene Geheiß mit der Folge des Ausschusses und damit Existenzvernichtung. Beim Absatz sehen wir dasselbe. Der Handwerksmeister konnte nicht verkaufen an wen er wollte, die Zunft umschrieb ihm ganz genau das Absatzgebiet. Alle in dieser oder jener Straße, diesem oder jenem Stadtviertel wohnenden Kunden waren

ebenfalls verpflichtet, nur bei dem für sie bestimmten Meister ihren Bedarf zu decken. Ähnliche Bindungen seitens der Zunft galten für die Zahl der zu haltenden Lehrlinge und Gesellen und ihre Entlohnung. Also, wo wir hinschauen, finden wir selbstauferlegte Geheiß, die vom „hochwohlwählenden Magistrat“ genehmigt waren und über deren Durchführung er peinlich wachte. Dasselbe galt für den Arbeiter der damaligen Zeit, den Handwerksgehilfen. Auch er war organisiert, und im „Statut“ waren seine Rechte und Pflichten bis ins kleinste hinein geregelt.

Betrachten wir nun kurz, welche Stellung der Mensch, also Meister und Geselle, in diesem Wirtschaftssystem einnahm. Dem Meister war die „bürgerliche Nahrung“ gesichert. Er hatte seinen festen Kundenkreis. Einen vernünftigen Konkurrenzkampf gab es nicht, und die Zunftpreise waren so gestellt, daß er zwar keine Reichtümer anhäufen, wohl aber gesichert leben konnte. Ähnlich der Arbeiter der damaligen Zeit, der Zunftgenosse. Hatte er seine Lehre beendet, ging er auf Wanderschaft.kehrte er bei fremden Meistern ein, so wurde ihm Essen, Unterkunft und Zehrpennig gegeben. Aberproduktion, Krisen und diesen folgende Arbeitslosigkeit schloß das System aus. Lohn und Arbeitszeit wurden (genau wie heute wieder) zwischen den Organisationen vereinbart. Und war letztere auch für heutige Begriffe unmenächlich lang, so ist der Gegenposten auf dem Konto der Arbeitsfreude zu suchen. Im allgemeinen lebte auch der Geselle gesichert, heiratete schließlich eine Meisterschwester und wurde dann ebenfalls Meister. Das schöne deutsche Volkslied hatte in diesem

daß im gleichen Tempo der Verbrauch der menschlichen Arbeitskraft geringer wird und infolgedessen eine rationelle Verteilung der Arbeitsleistung auf die Gesamtlösung der vorhandenen Arbeitskräfte erfolgen muß. Das heißt, mit der Rationalisierung muß eine Verkürzung der Arbeitszeit gleichen Schritt halten, um die frei werdenden Kräfte wieder in Dienst zu stellen. Die Arbeitslosenversicherung ist gut, sie hilft uns über die schwerste soziale Bedrängnis hinweg; aber das Entscheidende ist, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

Man ist vielfach auch in unsern Kreisen der Meinung, die durch die Rationalisierung frei werdenden Kräfte finden durch die Ausdehnung der Produktion, insbesondere auch durch die Herstellung neuer komplizierter Maschinen in dem so erweiterten Produktionsgebiet wieder Aufnahme. Schließliche habe sich das auch in der zurückliegenden Periode der kapitalistischen Entwicklung gezeigt. Man überfieht hierbei jedoch, daß auch in der zurückliegenden Periode die Verkürzung der Arbeitszeit eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Besehen wir uns doch in die Zeit vor 30 Jahren zurück, wo eine zwölftündige Arbeitszeit nicht selten und die sechsstündige die Regel war. Mit dieser Arbeitszeit ist durch die gewerkschaftliche Tätigkeit von Etappe zu Etappe stark aufgeräumt und ganz von selbst ein gewisser Ausgleich herbeigeführt, der die wirtschaftliche Entwicklung mit der menschlichen Arbeitsleistung in Einklang brachte. Natürlich hat die Ausdehnung der Industrie und des Handels eine nicht minder große Rolle gespielt in der Heranziehung neuer Arbeiterkräften. Aber diese Entwicklung hat sich verhältnismäßig langsam und stetig vollzogen. In der gegenwärtigen Entwicklungsperiode überstürzt sich die Neuanwendung technischer Hilfsmittel, die kapitalistische Betriebsführung konzentriert sich in dem Streben, menschliche Arbeitskräfte intensiver auszunützen, aber im Gesamtaufwand im Produktionsprozeß zu sparen. Deshalb der Überfluß an Arbeitskräften, die zu einem Teil dauernd brach liegen.

Bei diesem rasenden Tempo der Entwicklung ist es uns nicht gelungen, den Absatzmarkt entsprechend zu erweitern, sowohl den Inlands- als den Auslandsmarkt. Gewiß haben wir die Aufgabe zu erfüllen, durch erhöhte Löhne die Konsumfähigkeit der großen Masse zu heben; aber kaufen wir uns nicht, es wird uns nicht in dem Ausmaß gelingen, um auf den Inlandsmarkt die Aufnahmefähigkeit zu erweitern, die eine so intensiv gesteigerte Warenerzeugung verlangt. Dazu kommt, daß der Auslandsmarkt keine Entwicklungsfähigkeit zeigt; das große Absatzgebiet erweitert sich nicht mehr, weil in den bisher industriell zurückgebliebenen Ländern eine eigene Industrie entstanden ist, die die fremde Einfuhr von Waren zurückdrängt.

Demgegenüber wird man Otto Bauer nicht unrecht geben können, wenn er eine Kontrolle der Kartelle mit Hinzuziehung einer Arbeitervertretung und international über ein „Weltkartell“ nicht als „große“ Bedeutung beimißt; denn im wesentlichen bleibt das Endergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung unberührt: Zunahme der Arbeitslosigkeit. Dennoch wird man die Forderung, die Kartelle und Konzerne unter Kontrolle zu bringen, nicht streichen, und in der Kommission des internationalen Kongresses war man sich auch einig darüber, daß es sich hier nur um eines der Mittel handeln soll. Und so dürfte die Stigmatisierung dieser Forderung als Neo-Revisionsismus verfehlt sein, denn es bleibt für die Gewerkschaften die wichtige Aufgabe bestehen, bei Stilllegung der Betriebe mitzuentwickeln, damit die Frage nicht unberücksichtigt bleibt, wo und wie die Arbeitslosen andre Beschäftigung erhalten. Das Entscheidende aber wird sein, der Arbeiterchaft die aufgebürdete Last der Rationalisierung abzunehmen. Das wird nur gelingen können durch erhöhte Löhne und verkürzte Arbeitszeit; und weiterhin durch die Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaft, der die Neuordnung auf genossenschaftlich-sozialistischer Basis folgen muß.

Berlin. Robert Schmidt.

Moderne Wirtschaftsfragen

Privat- oder Gemeinwirtschaft

Das Bild, das sich heute Tausende unter dem „Kapitalismus“ vorstellen, bezieht sich meist auf eine Wirtschaftssysteme, die im günstigsten Falle vor dem Kriege ihren Abschluß fand. Aus zwei Gründen ist dies nicht verwunderlich. Es gehört erstens in der kapitalistischen Wirtschaft nicht zu den Aufgaben des Praktikers, sich über den gesamten Wirtschaftssysteme zu orientieren. Eingesperrt in den engen umrissenen Wirkungskreis ist es nur Aufgabe des praktischen Wirtschaftlers, seine Position zu kennen, in seinem Fache beschlagen zu sein. Die Verbindungen mit den anderen Wirtschaftszellen sind nur dann gegeben, wenn es der Wirtschaftspraktiker unbedingt erfordert. Wenn bedacht wird, daß es heute kaum einen Nationalökonom gibt, der fortwährend über alle Veränderungen unserer Wirtschaft auf dem laufenden ist, so kann dieser Mangel schon verstanden werden. Das Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft ist so umfangreich, kompliziert, aber auch verwirrt, daß es unmöglich ist, die einzelnen Bewegungen jederzeit richtig zu erfassen und einzuordnen. Andererseits mögen vor allem jene, die noch heute das große Wort von den „Volkswirtschaften“ reden, darauf hingewiesen werden, daß sich innerhalb der kapitalistischen „Volkswirtschaften“ die Unternehmer bzw. die Unternehmerrgruppen als Rivalen gegenüberstehen. Eine geschlossene einheitliche Front bilden sie nur gegenüber dem Heer der Konsumenten und der Arbeiterchaft. Selbst in Syndikaten und Kartellen sind die einzelnen Mitglieder geneigt, die Produktionskapazitäten ihrer Betriebe falsch anzugeben, um einen möglichst großen Teil von der Gesamtproduktion zu erlangen. Das für den Nationalökonom so wichtige Forschungsmittel wie die Produktionsstatistik ist darum kaum zu verwenden, weil die größte Zahl der Unternehmer die Mitarbeit verweigert oder durch falsche Angaben das Ergebnis der Forschung illusorisch gemacht wird. Der zweite Grund, der uns die eigenartige Tatsache erklärt, warum die Menschen im Zeitalter des Kapitalismus so wenig über das Gesamtwirtschaftssystem orientiert sind, ist mehr politischer Art. Der Wirtschaftswissenschaftler hat kein so neutrales Studiengebiet wie es etwa der Naturwissenschaftler zugrunde liegt. Die Wirtschaft ist nichts Konkretes, sondern eine Reihe von Beziehungen der Menschen untereinander mit dem Zweck, die Bedürfnisse zu befriedigen. Eine Änderung der Wirtschaftsform bedingt eine Umwandlung der Form und Art und Weise dieser wirtschaftlichen Beziehungen. Die Struktur des kapitalistischen Wirtschaftssystems bedingt es, daß die arbeitende Klasse ein Interesse daran hat, die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zu verändern. Im Gegensatz dazu ist die Aufrechterhaltung des Bestandes von Produktionsmitteln und damit des Ausbeutungsmonopols der herrschenden Klasse eng mit dem Bestand der gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen verknüpft.

Alle Menschen sind fesselngebunden, d. h., ihr Fühlen und Denken, kurz ihr ganzes Geistesleben wird durch die Klasse, der sie angehören, bedingt. Auch die Einstellung zur gegenwärtigen Wirtschaft, die z. B. ein Nationalökonom hat, ist abhängig von seiner Klassenlage. Von bestimmten Annahmen kann dabei im Rahmen seiner Darstellung abgesehen werden. Ein Blick in die umfangreiche wirtschaftswissenschaftliche Literatur kann diese Behauptung jederzeit bestätigen. Es gibt in der Nationalökonomie im Gegensatz zur Naturwissenschaft wenig Lehren, die nicht umstritten sind, ja von denen es nicht Vertreter des vollkommen entgegengesetzten Standpunktes gibt. Nun hat die herrschende Klasse, in deren Dienst ja die Wissenschaft und insbesondere die Nationalökonomie im allgemeinen steht, an der Unklarheit der Arbeiterchaft auf wirtschaftlichem Gebiete das größte Interesse. Aus diesem Grunde wird dem breiten Publikum unter der Bezeichnung „Kapitalismus“ meist eine Idealmischung serviert, die der gegenwärtigen Wirtschaftssphäre gar nicht entspricht. Deren Zweck nur sein soll,

die Mängel der kapitalistischen Wirtschaft zu rechtfertigen und sie als die bestmögliche, wenn nicht gar gottgewollte Wirtschaftsordnung hinzustellen. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß die Ausführungen des bürgerlichen Professors Schmalenbach während des Kongresses der Betriebswissenschaftler in Wien nicht wegen ihres besonderen wissenschaftlichen Wertes, sondern weil sie der bürgerliche Professor Schmalenbach machte, so beachtet wurden. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Schmalenbach in Wien vortrug, hatten schon vor ihm eine Reihe von marxistischen Nationalökonomem gemacht. Aber zum ersten Male wurden diese Ergebnisse marxistischer Wirtschaftsbetrachtung von einem bürgerlichen Wissenschaftler anerkannt. Und weil Schmalenbach in der Konsequenz dieser Ausführungen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem die Unfähigkeit befehmigte, wurden sie von der Arbeiterchaft sympathisch aufgenommen, hingegen von großen Teilen des Bürgertums heftig bekämpft. Die Kritik, welche Schmalenbach an der kapitalistischen Wirtschaft übte, zeigt trotz aller Gegenargumente aus den Kreisen der „Wirtschaftsführer“, daß heute die Frage Gemeinwirtschaft oder Privatkapitalismus kein Problem des ökonomischen Prinzips und damit der politischen Überzeugung, sondern eine ökonomische Notwendigkeit ist. Wie immer in der geschichtlichen Entwicklung, so wird auch hier die unterdrückte Klasse, die Arbeiterchaft, zum Träger der neuen, sich im Schoße der alten Gesellschaft entwickelnden Wirtschaftsverfassung. Das Bürgertum wird aus seiner ganzen ökonomischen Stellung heraus immer gezwungen sein, in Theorie und Praxis die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen zu bekämpfen.

Es war sinnvoll und letzte Zeugnis ab von der jungen unabhängigen Kraft des aufstrebenden Bürgertums, wenn die Kartelle der Nationalökonomie, allen voran Adam Smith, auf ihre Fahnen das Wort von dem freien Spiel der Kräfte schrieben. Nicht mehr Beeinflussung durch den Staat oder ähnliche Körperlichkeiten; freie, eigengesetzliche Entwicklung der Wirtschaft, das war die Reaktion auf die Wirtschaftselemente der merkantilen Zeit des 17. und 18. Jahrhunderts. Im freien Wettbewerb sollten die einzelnen Unternehmer ihre Kräfte messen, und in dem Bestreben, sich im Kampf gegen die Konkurrenz zu behaupten, die Entwicklung der Wirtschaft immer höher steigern.

Nur an einem Konstruktionsfehler litt die liberale Wirtschaftstheorie des Frühkapitalismus. Sie setzte das freie Spiel der Kräfte voraus bei vollkommen ungleichmäßiger Verteilung der Kräfte an die Mitspielenden. Im Gegensatz zum Unternehmer war der Arbeiter immer im Nachteil. Er konnte beim Verkauf seiner Arbeitskraft nicht warten auf ein günstiges Angebot. Vollkommen der Unternehmerwillkür preisgegeben, war er ohne gewerkschaftliche oder sonstige kollektive Hilfe gezwungen, seine Kraft unter Bedingungen zu verkaufen, wie sie nur der Frühkapitalismus kannte. So demonstrierten 1860 die Arbeiter in Nottingham für den 18-Stunden-Tag, weil sie vor dem länger arbeiten mußten. Der hungrige Magen sprach eine betriebsfremde Sprache als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals, sagt Marx im ersten Band des „Kapital“ und drückt damit das ganze Elend der liberalen Ideologie aus.

Nur kurze Zeit hat der Kapitalismus in dieser „Reinheit“ sein Leben gefristet. Grandios war der Aufschwung des Frühkapitalismus. Unter Millionen Menschenopfern reichte sich eine technische Erfindung an die andre, wurden ganze Bevölkerungsschichten über den Erdball verschoben, Tausende neuer Fabriken errichtet und die Kontinente mit dichten Eisenbahnen überspannt. Aber nach der Grünungsperiode, nach dem wilden, planlosen Schaffen der Wirtschaftskräfte folgte der Krach. Zum ersten Male seit Menschengebundenen fanden produzierte Waren keine Abnehmer, mußten Maschinen stillstehen und wurden Millionen von Menschen arbeits- und brotlos. Der Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise kam klar zum Vorschein. Tausende von Menschen mußten Hunger leiden, weil die Lageräume der Industrien überfüllt waren. Schon früher, im Mittelalter, hatte es solche Erscheinungen gegeben, aber da waren es Seuchen, Missernte, Krieg und Brand, die sie verursachten. Im Gegensatz zu den modernen Krisen, die in bestimmten periodischen Abständen den kapitalistischen Wirtschaftskörper erschüttern, war es in früheren Zeiten Warenmangel, der die Wirtschaftskrisen hervorrief. — Mit der ersten Krise tritt in allen kapitalistischen Ländern eine neue Wirtschaftssphäre ein. Die Unternehmer werden vorsichtiger. Aus dem wilden Stürmen wird ein zages Taften. Aus dem Wagenum des Einzelnen geht das Bestreben hervor, durch Verbindungen untereinander die Konkurrenz auszuscheiden und auf Kosten der Konsumenten für die notwendige Rückendeckung Sorge zu tragen. Kennzeichen für diese Periode war die Gründung der Einheitsfront zwischen Schwerindustrie und Großagrarierum im Jahre 1878 im deutschen Reichstage. Bewerbt wurde damit die Sicherung der Hochschulvorsorge, die die lästige Auslandskonkurrenz von den deutschen Märkten verbannt sollte. In dieser Tendenz hat sich die deutsche Wirtschaft fortbewegt. Mehrere hundert Industrieverbände drängten gegenwärtig die Wirtschaft. Rund achthundert Grundstoffe werden kartellmäßig produziert. Von dem freien Spiel der Kräfte blieb also wenig übrig. Wenn nur die Form des Frühkapitalismus, so wie es der liberalen Theorie entspricht, als „Kapitalismus“ bezeichnet werden kann, so haben wir heute von diesem Wirtschaftssystem nicht viel mehr wie den Namen.

Dieser Strukturwandel der kapitalistischen Wirtschaft konnte selbstverständlich auf die Medianik des Systems nicht ohne Einfluß bleiben. Der Kapitalismus kennt keine bewußte Wirtschaftsführung. Eine sogenannte automatische Selbststeuerung gewährleistet mangelhaft mit viel Frei-

Wirtschaftssystem seine Heimat, und manches von ihnen, wie das von der „Lore am Tore“, birgt ein gut Stück Wirtschafts- und Sozialgeschichte in sich.

Wie schon erwähnt, wurde dieses System der Bindungen abgelöst durch ein System der Freiheiten, durch den Liberalismus. England lieferte diesem System die Theorie durch Adam Smith und setzte sie in den Textilbezirken von Manchester zuerst in die Praxis um, woher der Name Mandatierum stammt. Deutschland folgte bald. Die wirtschaftlichen Bindungen wurden niedergelegt und ein wilder Konkurrenzkampf begann. Der Starke siegte über den Schwachen und der Stärkere über den Starken. Der Markt verlangte aber nach Waren, die dann von einigen Wenigen geliefert wurden, und so entstand der Großbetrieb. Bald wurde mehr geschaffen als verbraucht wurde. Die Jagd um den Kunden begann durch Preisunterbietungen, vermehrte Maschinenarbeit und Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Auch der Arbeiter wurde „frei“. Aber bald merkte er, daß es mit seiner Freiheit nicht weit her war, denn sein Schicksal trug jetzt alle Zeichen der wirtschaftlichen Unsicherheit, trotz rechtlicher Freiheit. Er erkannte das am ersten und versuchte Abhilfe zu schaffen durch Organisation. Hier liegen die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung.

Die Unternehmer folgten bald. Sie taten dasselbe wie die Arbeiter. Sie organisierten sich und verfolgten wirtschaftlich dieselben Methoden wie ihre beruflichen Vorfahren, die Handwerksmeister. Sie schalteten durch Vereinbarung das typische Merkmal der liberalen Wirtschaftsordnung, den Konkurrenzkampf, aus. Nicht in der Zukunft, aber im

Kartell teilen sie heute die Märkte auf, setzen die Preise fest, regeln sie den Rohstoffbedarf und im Arbeitgeberverband vereinbaren sie mit den Gewerkschaften Lohn und Arbeitszeit. Wir sehen also, geändert haben sich nicht die Methoden, sie kehren wieder, wohl aber die Dimensionen. Die Dittendorfer Schmiedejunkel ist ersetzt durch das Internationale Rohstahlkartell. Der aufsteigende Markt umfaßt nicht mehr Straßen und Viertel einer Stadt, sondern halb Europa. Wer die festgesetzten Preise unterbietet, wird nicht mehr durch Ausschluß aus der Zukunft, sondern durch Konventionalstrafen empfindlich getroffen oder gar verurteilt.

Nun ist freilich heute noch kein abgeschlossenes Wirtschaftssystem vorhanden. Wir sehen, wie schon erwähnt, ganz im Zeichen des Überganges. Noch haben die heutigen wirtschaftlichen Organisationen, vor allem die Kartelle und Syndikate, über das Arbeiter- und Verbrauchersicht als ausschlaggebende Herrschaft. Diese Abstände müssen gleich im Keime, also im Werden der neuen Wirtschaft beseitigt werden. Auf die organisierte Wirtschaftsmacht muß die organisierte Arbeitsmacht entscheidenden Einfluß bekommen. Und die Fesseln jener riesigen Wirtschaftskörperchaften sind an Stelle der Kontrolle des „hochwohlthätigen Magistrats“ der Kontrolle des Staates zu unterstellen. Das forderte auch der Privatwirtschaftler Professor Schmalenbach in Wien mit den Worten „Die Monopolsgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staate empfangen, und auf der andern Seite überwacht der Staat die Erhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten.“ Wir wollen dafür kämpfen!

Fr. W.

bungen und periodischen Krisen einen regelrechten Wirtschaftsablauf. Der wichtigste Bestandteil dieser Selbststeuerung ist eine freie, auf dem Markt durch die Konkurrenz der Produzenten ermöglichte Preisbildung. Diese Preisbildung als Spiegelbild der kapitalistischen Produktion ist zugleich Regulator und Triebkraft der Wirtschaft. — Ohne Plan und genaue Kenntnis der Bedürfnisse und Abhängigkeiten produziert der Unternehmer für den freien Markt. Der Markt ist die Verbindung von Konsumenten und Produzenten. Störungen in dem Marktverhältnis durch Verschiebungen von Seiten des Angebots oder der Nachfrage werden registriert durch die Preisbildung. Steigt die Nachfrage nach einer bestimmten Ware, so wird sich deren Preis erhöhen. Diese Preiserhöhung wird die Kapitalisten in anderen Produktionszweigen veranlassen, sich ebenfalls mit der Produktion der besonders begehrten Ware zu beschäftigen. Auf diese Weise wird die Konkurrenz in diesem Industriezweig verschärft. Die Preise sinken bis zu dem Punkt, wo sie dem Kapitalisten noch eine Profitrate abwerfen, wie sie durchschnittlich in allen Industriezweigen üblich ist. Dieses Gesetz vom Ausgleich der Profitrate, wie es Marx nennt, reguliert immer wieder die proportionalen Verhältnisse zwischen den einzelnen Produktionszweigen. Wenn ein Unternehmer nicht unter diesen Bedingungen produzieren kann, muß er die Produktion einstellen. Oder, wenn es ihm möglich ist, Kapital zu beschaffen, seinen Betrieb technisch so leistungsfähig zu gestalten, daß die Herstellung von Waren bei den geltenden Marktpreisen noch rentabel ist. Selbstverständlich ist der Kapitalausgleich und damit die Verschiebungen unter den einzelnen Industriezweigen stets mit einer Menge von Störungen und Reibungen verbunden, die sich dann in Konjunkturschwankungen, wenn nicht gar Krisen, äußern. Trotz der mannigfachen Mängel hatte die automatische Selbststeuerung einen Vorteil. Sie bot die Gewähr, daß die Reibungen, die nun einmal mit dem Wirtschaftssystem verbunden sind, nicht ausschließlich auf das Konto der Konsumenten verbucht wurden.

Die ständig fortschreitende Monopolisierung der Industrie schiebt die Konkurrenz aus und vernichtet damit die Mechanik der automatischen Selbststeuerung. Die grobe Orientierung über das Verhältnis von Produktion und Konsumtion, die durch die freie Preisbildung ermöglicht wurde, wird restlos beseitigt. Die Produktion ist vollkommen dem Ermeßen der Industriemonopole preisgegeben. Sie entscheiden über die Art und den Umfang des Produktes. Die Richtlinien für ihre Bestimmungen sind dabei nicht die Bedürfnisse der breiten Massen, sondern preispolitische Erwägungen.

Noch bedeutungsvoller gestalten sich diese wirtschaftlichen Umwandlungen für die Akkumulation und Reinvestierung von Kapitalien. Solange die einzelnen Unternehmer für den freien Markt unter dem Druck der Konkurrenz produzierten, war ihnen für die technische Gestaltung der Betriebe durch die Preisbildung immer ein Maßstab gegeben. Der Wettbewerb der Unternehmer zwang den einzelnen Industrieteilen einen fortwährenden Rationalisierungssystem aus. Im Monopolkapitalismus steht den einzelnen Betriebsleitern (es sind keine selbständigen Unternehmer mehr oder nur insofern, als sie über die technischen Betriebsanlagen bestimmen) ein Maßstab für die Kapitalinvestitionen vollkommen. Kriechhafte Monopolgewinne werden angelegt. Sehr oft nur, um eine höhere Produktionsquote innerhalb des Kartells oder Syndikats zu erhalten. Schon jahrelang vorher werden die einzelnen Betriebe weit über die notwendigen Anforderungen erweitert, um bei Neuerteilung der Quoten mit größeren Ansprüchen auftreten zu können. Die Unternehmensgruppen selber gehen dabei kein allzu großes Risiko ein. Die Monopolgewinne ermöglichen ihnen, auf Kosten der Konsumenten derartige Fehlinvestitionen auszuführen. Zu geringen Bruchteilen nur werden die Produktionskapazitäten der Betriebe ausgenutzt. Die Sondergewinne der Monopolorganisationen sind so groß, daß diese unökonomische Produktion immer noch lohnend ist. Die Gesamtwirtschaft ist das Opfer.

Abgesehen von diesen technischen Mängeln weist noch eine andre, mehr wirtschaftspolitische Entwicklungstendenz zwingend auf die Herbeiführung gemeinwirtschaftlicher Organisationsformen hin. Der Warenüberschuß und die Kapitalausfuhr des Früh- und Hochkapitalismus fand ein unerzschöpfliches Absatzgebiet in den überseeischen, vorkapitalistischen Ländern. Alles, was der Innenmarkt nicht aufnehmen wollte und konnte, fand Absatz oder wurde aufgezwungen den Kolonialvölkern. Dieser Ausweg verstopft sich immer mehr. Die Kriegszüge hat in den fortgeschrittensten der Kolonialländer eigene kapitalistische Wirtschaftssysteme entstehen lassen. In eignen modernen Fabriken verarbeitete heute Indien einen Teil seiner Rohbaumwolle selbst. In China beginnt eine eigne moderne Industrie aus dem Boden zu schießen. Japan, welches noch vor dem Kriege Einfuhrland für die europäischen Wirtschaftsgebiete war, tritt heute als nicht unbedeutender Konkurrent auf dem Weltmarkt auf. So macht sich in der Verteilung der kontinentalen Produktionsstätten eine Verschiebung bemerkbar, deren Bedeutung zwar nicht überschätzt, aber auch nicht verkannt werden darf. Sicher ist es übertrieben, wenn zeitweilig behauptet wird, das Schwergewicht der Produktion werde sich vollkommen nach den heutigen Kolonialländern verschieben und die alten Wirtschaftsgebiete des europäischen Kontinents würden in starke Abhängigkeit von ihnen geraten, wie das gegenwärtig noch umgekehrt der Fall sei. Wenn dies auch zu schwarz gesehen ist, so müssen wir uns doch bewußt sein, daß die weltwirtschaftlichen Standortveränderungen auf die europäischen Wirt-

schaften nicht ohne Einfluß bleiben können. Wir werden unseren Wirtschaftsapparat so umstellen müssen, daß diesen Anforderungen nur eine organisierte Wirtschaft gerecht werden kann. Die kapitalistische Wirtschaft ist an einer Entwicklungshöhe angelangt, wo notwendigerweise die Ausnutzung der Produktivkräfte gescheitert werden muß, weil der organisatorische Rahmen der Wirtschaft zu eng ist. Damit hat aber die Wirtschaft ihren Sinn verloren. Denn es ist Aufgabe jeder Wirtschaft, die Bedürfnisse der Menschen denkbar gut zu befriedigen. Das System ist zu klein geworden, um die Produktionsfaktoren restlos zur Geltung kommen zu lassen. Deshalb ist es heute eine ökonomische Notwendigkeit, diese Wirtschaftsordnung umzuwandeln. Die Wirtschaftselemente sind in Widerspruch geraten mit den wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klassen. In den Genossenschaften, den Kommunen, den Ländern und dem Staat muß darum die Arbeiterschaft mit allen nur denkbaren Mitteln für die neue Wirtschaftsform, die Gemeinwirtschaft, Geburtsstätte leisten. Die auf der Idee des Kollektivismus aufgebaute Planwirtschaft kann nur durch die Arbeiterschaft wirksam vertreten werden. Wenn vor 20 Jahren die bürgerlichen Vertreter der Wissenschaft den Unternehmerprofit noch als Risikoprämie zu rechtfertigen und verteidigen suchten, war das noch einigermaßen sinnvoll. Solange die Kapitalisten untereinander konkurrierten, war mit der Beteiligung an der Produktion wirklich ein Risiko verbunden. Die Monopolgewinne, die gegenwärtig die Kapitalistenklasse einstreift, lassen sich jedoch nicht mehr rechtfertigen. Die Produktion ist durch die Ausschaltung der Konkurrenz, welche die Bildung von Trusts, Konzernen, Kartellen und Syndikaten brachte, vollkommen risikolos geworden. Für den Unternehmer ist der Profit nur noch arbeitsloses Einkommen, eine Rente, die er auf Kosten der Gesamtwirtschaft verzehrt. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es darum, die sich anbahnende Planwirtschaft, deren Nutzen gegenwärtig nur dem Produzenten zukommt, weiterzuführen und umzuwandeln in eine Gemeinwirtschaft.

Kampf zwischen Arbeiter und Verbraucher?

Tiefer Wirtschaftsfriede herrscht über Deutschland! Natürliche Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital gibt es nicht. Gegenläufige Kräfte zu erzeugen, ist aus sittlichen wie volkswirtschaftlichen Gründen streng verwerflich. Außerdem ist der Kampf der Arbeit gegen das Kapital nur ein Scheinkampf. Das Kapital ist unzerstörlich. Der Angriff der Arbeit trifft nur den Verbraucher. Die Masse der Arbeiterschaft ist aber auch gleichzeitig die Masse der Verbraucher. Also Schlupf mit den sinnlosen, selbstverlethenden Wirtschaftskämpfen!

„It das nur der freundliche Traum eines Unternehmers oder der geliebte Wunsch eines friedfertigen Disibenden-schluders? Nicht ganz. So macht sich in hochgelehrten Köpfen am hellen Tag das Bild der Wirtschaft!

Wahrheitslieblich hat der deutsche Universitätsprofessor Robert Diekmann den Ruhm, diese tiefgründigen Zusammenhänge in der Wirtschaft entdeckt zu haben. In seinem Buch: „Die Unternehmungsformen mit Einschluß der Genossenschaften und der Sozialisierung“, das er dem Marxismus in der Ansicht, ihn zu töten, an den Kopf wirft, schreibt er: „Man ist heute noch der Meinung, daß der Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern das Zentralproblem der modernen Volkswirtschaftslehre sei. Das ist heute schon nicht mehr ganz richtig, und in Zukunft wird es noch weniger zutreffen.“ Der Zusammenstoß der Unternehmer soll nämlich dazu führen, „daß nicht mehr der Gegensatz von Unternehmern und Arbeitern, sondern der zwischen Produzenten und Konsumenten das große volkswirtschaftliche Zentralproblem der Zukunft bilden wird“ — weil nämlich Lohnsteigerungen einfach durch Preisserhöhung auf die Verbraucher abgewälzt werden.

Der schwedische Volkswirtschaftler Gustav Cassel beschäftigt sich anscheinend nicht viel mit Fachliteratur. So hat er etwas ganz Neues, noch nie Dagewesenes entdeckt, das er in der „Sozialen Praxis“ unter strengem Verbot des Nachdruckes, auch des auszugsweisen, der staunenden Mitwelt vorsetzt: Wer trägt den Lohn? — Der Verbraucher. Wer bestimmt die Lohnhöhe? — Der Verbraucher. Welche Rolle spielt dabei der Unternehmer? — Eigentlich gar keine. Er ist nur Zwischenhändler. Cassel stellt sich die Sache so vor: Der Verbraucher zahlt für eine Ware oder eine Leistung so viel, wie sie ihm wert erscheint, „wie er sie einschätzt“. Von dem Erlös muß dann der Unternehmer seinen volkswirtschaftlich notwendigen Gewinn, der der Neubildung von Kapital dient, abziehen. Den Rest kann der Arbeiter als Lohn erhalten. Verlangt er mehr und ist er infam, seine Forderung durchzusetzen, dann kommt der bekannte Preisauflage, da der „Gewinn“ nicht geschmälert werden darf. Der Verbraucher zahlt die Lohnerhöhung, und da die überwiegende Mehrheit der Verbraucher die Arbeiter selbst sind, langen sie sich nur in die eigene Tasche.

Mit dieser „Erkenntnis“ macht Cassel dann Wirtschaftspolitik. Offenbar ist durch die unfähige Begehrlichkeit der Gewerkschaften der Lohnstand zu hoch emporgetrieben worden. Die Unternehmer haben natürlich die „Überwälzung“ versucht, was nicht ganz gelang, denn die Verbraucher konnten trotz aller Werkschließung die geforderten Preise nicht mehr zahlen. Für einen gewissen Teil reichte zwar die Werkschließung, nicht mehr aber der Geldbedarf aus. Daher Einschränkung der Erzeugung und Arbeitslosigkeit. Um die Sache wieder in Ordnung zu bringen, ist weiter gar nichts erforderlich, als den Lohnstand so weit zu senken, bis die Wirtschaft wieder allen Arbeitern Beschäftigung geben kann.

Man sieht, Cassel ist nicht ganz logisch. Wenn der Verbraucher den Lohn trägt und seine Höhe bestimmt, können doch nicht die Genossenschaften daran schuld sein, daß das Lohnniveau in ganz Europa zu hoch ist. Vielleicht ist es doch nicht so, daß sich die Kämpfe in der Wirtschaft zwischen ewig unzufriedenen Arbeitern und niedrigen Verbrauchern abspielen, während der Unternehmer und Kapitalist milde lächelnd zuseht und sich seinen bestehenden, aber notwendigen Anteil unentwegt einsteift?

Man darf sich nur die Folgen ausmalen, die die Durchführung des Casselschen Sanierungsvorschlages nach sich ziehen müßte. Nehmen wir an, der allgemeine Lohnstand würde um 10 Proz. gesenkt. Die Erzeugung bliebe bei zunächst gleicher Zahl der Beschäftigten natürlich fast die gleiche. Die Unternehmerrgewinne würden dann sprunghaft emporgehen und ganz überwiegend Anlage in der Spekulation und in den Produktionsmittelindustrien suchen. Die Massenkraft würde rückwärts zurückgehen. Noch mehr Verbraucher als bisher würden trotz aller Werkschließung nicht imstande sein, Waren zu kaufen. Würde nun die Wirtschaft eine halbe Million Arbeitslose einstellen, obwohl sich die Absatzverhältnisse verschlechtert haben, oder würde sie eine halbe Million Arbeiter auf die Straße werfen, weil für ihre Erzeugnisse kein Absatz mehr vorhanden ist? Das Beispiel Englands kann uns jedenfalls lehren, daß die Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkung nicht verringert oder gar beseitigt werden kann, wobei die Verhältnisse in England für das Unternehmertum in diesem Fall noch wesentlich günstiger liegen als anderswo, denn eine Lohnsenkung bedeutet dort in weit geringerer Maße als bei uns gleichzeitig Kaufkraftverlust, da der englische Absatzmarkt viel mehr als der deutsche Weltmarkt und nicht Binnenmarkt ist, also ein verhältnismäßig viel größerer Teil der englischen Waren in das von der Lohnsenkung nicht betroffene Ausland geht als dies bei uns der Fall ist.

Man darf freilich nicht vergessen, daß der Unternehmerrgewinn so lange volkswirtschaftlich notwendig sein wird, als andre ausreichende Quellen der Kapitalneubildung, die zum Ausbau des Produktionsapparates erforderlich ist, nicht erschlossen sind — und das wird wahrscheinlich bis zur Überwindung des kapitalistischen Systems der Fall sein. Es wäre aber gänzlich verfehlt, deswegen den Unternehmer als einen neutralen Sachwalter der Wirtschaft zu betrachten. Der einzelne Unternehmer und Kapitalist will nicht der Volkswirtschaft dienen, sondern seinen eignen Vorteil wahren, der ihn immer wieder in Gegensatz zur Gesamtheit bringt. Gegenüber der Privatwirtschaftspolitik des Unternehmertums liegt heute die Volkswirtschaftspolitik einzig und allein in den Händen der Arbeiterschaft.

Der Kampf, den die Arbeiterschaft um die Erhöhung der Löhne führt, hat den Zweck, Ubergewinne wegzunehmen, die zu Verschleutungen von Kapital führen, zu Mißverhältnissen zwischen Erzeugung und Absatz, die bisher die einzige Ursache der periodischen Krisen gewesen sind, er hat einen Zweck, durch einen ständigen „Lohndruck nach oben“ das Unternehmertum zur Fortentwicklung der Wirtschaft zu zwingen. Je mehr die freie Konkurrenz als Triebkraft der Entwicklung ausgeschaltet wird, um so mehr muß an ihre Stelle der Druck der Arbeiterschaft treten. Nächstes Ziel muß ein größeres Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft sein und die praktische Anerkennung der gewerkschaftlichen Kaufkraftpolitik.

Lohnabzug ist nicht einmal der bequemste und leichtfertigste Weg zur Sanierung der Wirtschaft, wie viele meinen, sondern ist überhaupt kein Weg zu diesem Ziel. Auch die Überwälzung durch Preisserhöhung ist keine Lösung. Er genügt nicht, Arbeiter und Verbraucher aufeinander zu hegen und alles beim alten zu lassen. Das Unternehmertum wird für seine Funktion mehr als reichlich bezahlt. Die Arbeiterschaft hat ein Recht, zu verlangen, daß diese Leistung nicht nur darin besteht, den Arbeiter durch Lohndruck und den Verbraucher durch Preiswucher auszubeuten.

Korrespondenzen

Nahezu. Ihre Mitgliederversammlung vom 4. August hatte das Gepräge einer außerordentlichen Zusammenkunft, indem wir die Tagesordnung von allen wichtiger dringlichen Angelegenheiten freiließen. Wir erlebten damit das Ziel, dem Ereignis des Tages, einem Referat unsres „Korr.“-Redakteurs Karl Schaeffer, den gebührenden Raum zu geben. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen entwickelte der Referent in einem reichhaltigen Vortrag ein lebendiges Bild unsres inneren Berufslebens und stellte es in seinen Erfolgen wie Hemmnissen in ein übersichtliches Verhältnis zur gesamten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wie auch zu den wirtschaftspolitischen Verhältnissen im allgemeinen. Seine offenen Darlegungen, die sehr viel Licht auf manche bisher unklaren Verhältnisse warfen, fanden eine aufmerksame und dankbare Zuhörerchaft. Eingangs der Bertramung mußte der Vorsitzende Klären feststellen, daß der Besuch auch diesmal leider den gehegten Erwartungen nicht entsprach. Wenn man außer den Unentwerteten auch einige weniger Bekannte sah, so hatte doch insbesondere unsre goldene Jugend, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, wieder einmal wichtigere Dinge zu tun. Daß es doch auch anders geht, bewies zur Evidenz unsre „Korr.“-Presse“-Nacht am 23. Juli, die hinsichtlich Beteiligung fast als eine Seierschau des Bezirks gelten konnte.

Karlsruhe. (M a s c h i n e n s e e r.) Wieder ist ein wichtiger Markstein im Leben, Wirten und Kämpfen des Bezirksvereins Karlsruhe mit dem Verlingen größerer Festlichkeiten anlässlich des Begehens des 25 jährigen Jubiläum des Maschinenseerevereins des Bezirks Karlsruhe überschritten. Die finanziellen Sicherungen zur würdigen Feier wurden schon frühzeitig durch Erheben eines Extrabeitrags festgelegt. Für die technische Organisation

sorgten in rastloser Arbeit die Vorstandschafft und Technische Kommission. Den Hauptteil der Arbeit leistete der Vorsitzende Franz Pfeil als Verfasser einer in Inhalt wie in Ausführung vorzüglich gehaltenen Festschrift. Das Fest wurde eingeleitet mit einem Festkonzert am Sonnabend, 11. August, im großen Saal des „Kolozeum“. In den Dienst der Sache hatten sich in liebenswürdiger Weise gestellt: der Gesangsverein „Typographia“ mit Dr. Knöll als Dirigent, Musikdirektor Rudolph mit seiner prächtig musizierenden Harmoniekapelle, S. Knöll (Sopran), Dr. S. Knöll (Bassbariton), Niels (Violin). Das Programm zerfiel in einen ersten und einen unterhaltenden Teil. Die Höhepunkte waren ein von Kollegen Albrecht verfasster sinnreicher Prolog, der von Fräulein E. Wolf ausdrucksvoll zum Vortrag gebracht wurde, die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, der „Festschor“ mit Orchester von S. Wagner, zu dessen Wiedergabe sich die „Typographia“ und die Harmoniekapelle im tonreinen Zusammenklang fanden und der bei den Zuhörern einen tiefen Eindruck hinterließ. Ein flotter Ball, an dem sich jung und alt beteiligte, beschloß den ersten Tag, der bei allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben wird. Den Höhepunkt der zweitägigen Festschrift bildete der Festakt am Sonntagvormittag im „Kolozeum“-Saal mit der Festrede des Kollegen Kretschmer (Berlin), Vorsitzender der Zentralkommission der Maschinenleger Deutschlands, und die Erhebung der Jubilare. Nach Verklingen der Ouvertüre zur Oper „Cunegunde“ von C. M. Weber, des Festgangs an die Künstler“ von Mendelssohn-Bartholdy, von der „Typographia“ und der Harmoniekapelle zündend zum Vortrag gebracht, begrüßte der Vorsitzende Kollege Pfeil die Erschienenen, besonders die zur Jubiläumfeier gekommenen Gäste, mit einem herzlichen Willkommen. Die Wiedergabe des Chortextes „Festgelaug“ zur Säcularfeier der Erfindung der Buchdruckerkunst von Mendelssohn-Bartholdy reichte sich würdig den vorhergegangenen Chören an. Kollege Kretschmer überbrachte zunächst die Grüße und Glückwünsche der Zentralkommission und sprach dem Kollegen Pfeil Dank aus für die Übermittlung der Festschrift, hervorhebend, daß dieselbe über den Bezirk hinaus der Sparte zur Ehre gereiche. Er dankte den Gründern des Bezirksvereins für ihre aufopfernde Tätigkeit innerhalb der Sparte zum Nutzen des alle umfassenden Verbandes. Ausgehend von der Erfindung der Schmalzmaschine durch den nach Amerika ausgewanderten Uhrmacher Mergenthaler und der Einführung der Schmalzmaschine in Deutschland im Jahre 1855 (1858 in Karlsruhe), gab er ein anschauliches Bild von deren schneller Ausbreitung über ganz Deutschland und streifte die Einführung anderer Systeme. 1899 führte der Kampf um die Arbeitszeit und Entlohnung an der Maschine zu ersten tariflichen Vereinbarungen bei einem Lohne von rund 500 Schmalzmaschinen. Die immer größer werdende Zahl der zur Aufstellung gelangten Maschinen und der damit daran beschäftigten Kollegen drängte zu einem zentralen Zusammenfluß der Maschinenleger, und so erfolgte 1903 die Gründung der Zentralkommission der Maschinenleger Deutschlands, die ihre Existenzberechtigung in den verflochtenen Jahrzehnten durch ihre erzielten Erfolge zum Nutzen der Spartenkollegen erwiesen habe. Die Regelung der Lohnfrage, der Arbeitszeit, der erfolgreiche Kampf gegen die Wettbewerber, gegen das Anlernen von Berufsfremden durch die wie Pfleger der Erde stehenden Schmalzmaschinenkuren, gegen das Zulassen von Frauen an der Maschine seien die Erfolge gewesen. Langanhaltender Beifall dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Gauvorsteher Kollege Sandfort (Freiburg), als erster im Kranze der Gratulanten, vermittelte herzliche Glückwünsche im Namen des Gauvorstandes und überreichte ein Geldgeschenk. Bezirksvorsitzender Kollege Maier betonte das gute Zusammenarbeiten zwischen Verband und Sparten und übermittelte die Glückwünsche des Bezirks- und Ortsvereins Karlsruhe und überreichte gleichzeitig ein Geldgeschenk. Kollege Hermann Müller (Freiburg) sprach im Namen der Oberheinischen Maschinenlegervereinigung, Kollege Wölke im Auftrag des Bezirksvereins Freiburg dem Jubiläumsverein herzliche Glückwünsche aus. Ferner gratulierten der Vertreter der Mergenthaler Schmalzmaschinenfabrik, Herr Fuchsberger (Stuttgart), die Kollegen Kunz als Vertreter des Karlsruher Maschinenleidervereins, der Vorsitzende der Stereotypen- und Galvanoplastiker Albinus, der Vorsitzende des Bildungsverbandes der Ortsgruppe Karlsruhe Blum. Eine große Anzahl Glückwunschkarten und -telegramme aus allen Teilen Deutschlands zeigten von der Verbundenheit mit dem Jubiläumsverein. Jubiläumsschreiben und -telegramme gingen ein vom Danziger Maschinenleiderverein, Schloßischen Maschinenleiderverein, Oberheinischen Korrektorenverein, Maschinenleiderverein Erggebirge-Bohlthal, Gau Mittelhessen, Nordwest-Bremen, Gau Württemberg, Ostpreußen, Saargebiet, Mecklenburg-Vibek, Gau Dresden, Frankfurt-Hessen, Mainz, Bezirk Fahr, Bezirksverein Freiburg, Maschinenleiderklub Weidelsberg, von den Kollegen Neufschwan (Köln), Bleidner (Berlin), Joh. Semmann (Stuttgart), Friedr. Schödt (Lübeck), Wilh. Dittmann (Amfterdam) und Paul Dennede (Frankfurt a. M.). Die Mergenthaler Schmalzmaschinenfabrik stiftete eine vergoldete Ankermedaille, ebenso die Monotypie-Gesellschaft, während die Unter-type-Gesellschaft uns mit einem Glückwunschkarte beschrte. Allen Vereinen und Kollegen, die unsfer so lebhaft gedankt, sei an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen. Vorsitzender Kollege Pfeil ehrte sodann die Jubilare in kurzen, markanten Worten und dankte ihnen für die in Treue geleisteten Dienste. Ehrenvolle Anerkennung widmete er noch den langjährigen Mitstreitern Friß Schneider, Fischer und Oggel. Den drei Gründungsmitgliedern Baur, Pfister und Deck wurden Diplome und je ein Geschenk überreicht. Kollege Baur dankte im Namen der Jubilare, deren weitere Mitarbeit zusehender. Die „Typographia“ feierte die Jubilare mit dem Männerchor „Könt den Tag“. Ein sinnvoller Marsch „Treu zur Fahne“ schloß den Festakt. Ein Gartenfest im schönen Felsencafé beschloß das 25-jährige Jubiläum unsres Bezirksvereins.

Koblenz, Nach Stimmern (Sunsrück) hatte der Vorstand des Bezirks Koblenz seine Mitglieder zur dritten Versammlung am 12. August eingeladen. 17 Kollegen waren erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Neu, begrüßte die Anwesenden und gedachte zunächst der drei verstorbenen Mitglieder: Friß Dietrich, Hermann

Essig, Friß Burges (letzterer im Betriebe verunglückt). Die Versammlung ehrte ihr Andenken in üblicher Weise. Sodann kehrte der Vorsitzende mit, daß zu dem Preisaus schreiben betreffend Drucksaal für den Bezirk 23 Entwürfe eingegangen sind. Die Ortsgruppe Frankfurt im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker hat die Bewertung übernommen. Der Rassenbericht lag gedruckt vor und wurde nicht beanstandet. Kollege Neu gab hierauf einen eingehenden Bericht über die Bezirksvorsitzendenkonferenz in Köln. Er schloß mit der Mahnung, den Jahresbericht des Verbandsvorstandes gründlich zu studieren, den „Korr.“ eifrig zu lesen, damit das Interesse an unsrer stolzen Organisation immer mehr zunehme. Lebhafter Beifall und anschließende rege Diskussion bezeugten, daß die Ausführungen ihren Zweck erfüllt hatten. Es folgten noch interne Angelegenheiten.

Leipzig, (Korrektoren. — Halbjahrsbericht.) Im ersten Halbjahre gewannen wir 15 neue Mitglieder. Diesem Gewinn stehen sechs Abgänge gegenüber; zwei Mitglieder verlor man durch den Tod, zwei durch Abreise; zwei gingen an den Rasten zurück. Alle neuen Mitglieder gingen aus dem Handbuchsstande hervor. Dennoch stimmt die Auswahl, die ausschließlich von den Geschäftsleitungen getroffen wird, bedenklich. Während der eine Kollege nie und nimmer in der ihm halb und halb aufgezogenen Betätigung Befriedigung finden wird, muß der andre, mit dem besten Willen und mit angenehmen Korrektorentalenten versehen, juristisch, wünschenswert wäre vor allem eine Bestimmung, welche die Beschränkung auf einen bestimmten Spezialzweig erst dann erlaubt, wenn durch längere Ausübung einer allgemeinen Praxis für grundlegende Kenntnisse und Erfahrung gebürgt ist. Bedenklich stimmt auch, daß einzelne Mittelbetriebe, deren Leitung in sonst anerkannt sachmännlichen Händen liegt, zu Zeiten vorübergehenden geschäftlichen Hochdrucks immer noch nicht darauf verzichten können, auf Nichtfachleute zurückzugreifen. Während nun von den in Betriebe tätigen Fachkorrektoren Spitzleistungen verlangt werden, sind diese Geschäftsleitungen gegenüber den Nichtfachleuten auffällig nachsichtig. Entsetzlich dagegen ist, daß in einer ganzen Reihe von Betrieben nach vollständigem Umbau müßerig liegende Korrektorenzimmer entstanden sind. Man sollte doch endlich auch aufseiten der Geschäftsleitungen einsehen, daß ein gutes Korrektorenzimmer mit einem noch besseren Stamm von Fachkorrektoren die Seele des Betriebes ist. Hoffentlich wird in diesen neuen Korrektorenzimmern auch die Handbibliothek etwas aufgeräumt und den Kollegen dadurch die so notwendige Arbeitserleichterung verschafft; denn hier liegt noch so manches im argen. Das Vereinsleben war im allgemeinen rege. Doch hatte der Vorstand zuweilen Gelegenheit, zu beobachten, was für Schwierigkeiten die Kraft der Tragheit und die Macht der Gewöhnung den Forderungen der Vernunft auch in unsren Kollegenkreisen heute noch entgegenstellen! Und das im 25. Jahre eifrigster Spartenarbeit! Wir boten unsren Mitgliedern wieder eine Reihe von sachlichen, sprachlichen und allgemeinbildenden Vorträgen. Kollege Wilhelm Hellwig sprach über „Die Geschichte der Entwicklung der deutschen Rechtschreibung“. Auf Grund seiner umfassenden, vielfach auf eigener Erfahrung beruhenden Kenntnisse schilderte der Vortragende Entstehung und Entwicklung der deutschen Rechtschreibung. Unsren Damen galt eine besondere Veranstaltung. Herr G. v. S. Hermann, als bester Buch-Kenner gleicherweise bekannt und beliebt, widmete einen Abend dem Gedächtnis Wilhelm Buchs und entsetzte für seine vortrefflichen Darbietungen regen Beifall. Kollege Artur Schmiechel behandelte im Rahmen der Vortragsreihe Wanderung durch die Vorbemerkungen des Duben III „Grenz- und Zweifelsfälle in der Satzzeichenstellung“. Ausgehend von dem bewährten Arbeitsgrundsatz: Einheit im Notwendigen; im Zweifelshaften Freiheit, gab der Vortragende Hinweise, die gewiß geeignet sind, einer einheitlichen Auffassung untrübenere Punkte die Wege zu ebnen. Als eifrigste Besucher der Sprachvereinsversammlungen tragen unsre Mitglieder manches Gute für ihren Beruf von dort hinweg. Die Beschäftigung des technischen Betriebes der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gewährte allen Teilnehmern einen befriedigenden Einblick in eine Zeitungsdruckerei, die unter Ausnutzung aller technischen Errungenschaften den Hochstand des graphischen Gewerbes widerspiegelt. — Unsre Wanderveranstaltung in Altenburg diente dem Werben für unsre beruflichen und organisatorischen Notwendigkeiten und hätte eine zahlreichere Beteiligung gerechtfertigt. Sprecher war Kollege Friedrich Oberziller (Berlin), dessen Ausführungen, bestimmt und unverkümmert die Forderungen der Korrektoren behandelnd, viel Beifall seitens seiner engeren Berufskollegen, jedoch auch viel Widerspruch seitens des Vertreters der Handsekerpartie und des Gauoosstandes fanden. Den Altenburger Kollegen, besonders dem Vorstand des Ortsvereins und wiederum dessen Vorsitzenden, Kollegen Reichardt, für die aufopfernde Tätigkeit zu unsrem Wohle kollegiale Anerkennung und besten Dank. Wir werden uns oft und gern der frohen Stunden im „Goldenen Pfingst“, dem baulich und wirtschaftlich muttergütigen Heim der Altenburger Gewerkschaften, erinnern. — Die Vortragsarbeiten für unsre nächstjährige 25. Gründungsfeier stehen es dem Vorstand geraten erscheinen, zu einer Wespungung die ehemaligen Vorsitzenden des Vereins — zehn an der Zahl — einzuladen. Alle Kollegen hatten der Einladung Folge geleistet. Die Aussprache brachte dem Vereinsorganisator reiche Beute; schüpfen doch alle Kollegen aus dem unerföhrlichen Vorträger für oder längerer Erfahrung an der Spitze des Vereins. Ein wohlgeklungenes Gruppenbild möge für alle Teilnehmer der Ausdrück fester kollegialer Verbundenheit sein. — Wir stehen auch im vergangenen halben Jahre nicht ab von dem Bemühen, unsre Kollegen beruflich zu fördern. Daß die Notwendigkeit dazu vorhanden ist, beweist die ungemein rege Inanspruchnahme unsres technischen Fragestafens am Schlusse jeder Versammlung. Der Vorstand war bemüht, die Frage zu lösen, in welche Richtung die gegenwärtige Reglamkeit in der Korrektorenbewegung zu leiten ist, um in Zukunft günstige Erfolge in der Entwicklung unsres Berufszweiges zu erreichen zu können. Er fand die Antwort darin, daß er sich zur Aufgabe macht, im kommenden Winter mit allen Belegschaften in Verbindung zu treten, um sich ein Bild über die jeweilige Lage im Betriebe zu machen. Vieles wird der Änderung bedürfen.

Neustadt a. d. Haardt. In unsrer am 7. August in Neustadt abgehaltenen Bezirksversammlung wurden zunächst drei Kollegen ausgenommen, welche in Unmweiler in Kondition stehen. Damit hat unsre Organisation wiederum in einem Orte und in einem Kunsttempel Fuß gefaßt, der lange Zeit für Verbandsmitglieber gesperrt war. Ein weiteres Aufnahmegefecht mußte zurückgestellt werden. Den Rassenbericht gab Kollege Mayer in gewohnter Weise. Sodann erteilte Bezirksvorsitzender Reinwald dem Kollegen Schaeffer (Berlin), dem er besondere Begrüßungsworte widmete, das Wort zu seinem Vortrag: „Was wir als Verbandsmitglieber sind, wollen, können und müssen“. In anderthalbstündigen Ausführungen behandelte Kollege Schaeffer sein Thema so recht aus der Wirklichkeit heraus; daß sein Referat des vollen Interesses der Kollegen fand, das bewies ihre große Aufmerksamkeit. Daß seinen Ausführungen nicht viel hinzuzufügen war, bewies die Diskussion, die von nur zwei Kollegen bestritten wurde. Leider war es nicht allen Kollegen von Landau und Dürkheim möglich, die Versammlung zu besuchen, wie auch die Anderer Kollegen wegen der ungünstigen Zeitlage nicht anwesend sein konnten.

Forzheim (Baden). Die Versammlung am 16. Juli im „Birtenhof“ wies einen mittelmäßigen Besuch auf. Beschlossen wurde unter anderem, jedem „Pressa“besucher aus der Ortsvereinsklasse einen Zuschuß von 10 M. zu geben. Kollege Wolfender gab den Jahresbericht vom Ortsausfluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Danach zeigen die Rassenverhältnisse ein wenig erfreuliches Bild. Seit dem letzten Lohnkonflikt in der hiesigen Hauptindustrie (Bijouterie) habe eine große Anzahl Metallarbeiter wieder den Weg zur Organisation gefunden, was auch wieder dem ADGB zugute kommt. — In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 8. August im „Birtenhof“ stand im Mittelpunkt der Tagesordnung ein Vortrag des „Korr.“-Redakteurs Kollegen Schaeffer (Berlin). Der inhaltreiche Vortrag fand bei den zahlreich erschienenen Kollegen gute Aufnahme. Von der Diskussion wurde reger Gebrauch gemacht, wobei auch manches Mißverständnis aus der letzten Lohnbewegung beseitigt sein dürfte. Zum Schluß dankte der Vorsitzende dem Redner für seine sehr interessanten Ausführungen.

Alm-Neuwm. Die Monatsversammlung am 9. August hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag vom Kollegen Schaeffer (Berlin). Nach herzlichem Willkommgruß in Alm erteilte Kollege Wolf dem Kollegen Schaeffer das Wort zu seinem Referat. In einem fünfviertelstündigen Vortrag verstand es der Redner, den Kollegen manches noch wenig Gehörte klar vor Augen zu führen. Von ganz besonderem Interesse waren die Ausführungen über unsre Unterhaltungsanstaltungen und die Wirtschaftspragen, ferner die Streiflichter aus den Erfahrungen der Redaktion. Lebhafter Beifall und herzlichster Dank der Mitgliebschaft wurden dem Redner für seine hochinteressanten Ausführungen gezollt. Anschließend erfolgte eine erfreuliche offene dreiviertelstündige Diskussion, an welcher sich sechs Kollegen beteiligten. In dem Schlußwort gab Schaeffer auf sämtliche an ihn gestellte Fragen Auskünfte und Aufschlüsse, die zur allgemeinen Zufriedenheit ausfielen.

Allgemeine Rundschau

Nachahmertes Beispiel. Aus Anlaß seines 25-jährigen Dienstjubiläum wurde einem Kollegen bei der Firma H. Weichert in Berlin von der Geschäftsleitung ein Geldgeschenk in Höhe von 500 M. überreicht.

Schiffsprüfungen im Buchdruckgewerbe. Die Schiffsprüfungen für die am 1. Oktober auslernenden Lehrlinge im Buchdruckgewerbe für den Stadtkreis Brandenburg (Havel), Kreis Zandh-Bezirk und Westhaveland finden am Montag, dem 24. September, in Brandenburg (Havel) statt. Meldungen hierfür sind spätestens bis zum 15. September an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn Heinrich Grösel, in Firma Gersbachstr. G. m. b. H., Brandenburg (Havel), Wilhelmstraße 74, unter Einreichung des selbstgeschriebenen Lebenslaufes, eines Lehrzeugnisses und Abgangzeugnisses einer Berufs- oder Fortbildungsschule zu richten.

Beim Baden ertrunken. Über das recht tragische Schicksal eines jungen Kollegen wird in der „Leipziger Volkszeitung“ von einem Angehörigen des Ertrunkenen folgendes berichtet: „Mein Neffe, 20 Jahre alt, lebensfroh, von Beruf Schriftgießer, machte, wie so viele junge Proletarier, eine Wanderung. Leider mußte aber sein Wandertrieb auf tragische Weise enden. In den heißen Tagen, am 18. Juli, nahm er mit noch zwei seiner Kollegen ein Bad im Neckar bei Mannheim. Dabei ist der arme Kerl ertrunken. Erst am 18. Juli hat man ihn gefunden, und nun kommt das Berämerklichste, was man sich denken kann. Obwohl er alle seine Papiere bei sich hatte und durch diese leicht die Adresse seiner Heimat zu ersehen war, hat es die hochmögliche Behörde von Mannheim nicht für nötig gehalten, seiner Mutter (Kriegerwitwe) über den tragischen Tod ihres Sohnes Mitteilung zu machen, die jeden Tag um das Schicksal ihres Sohnes bangte. Erst am 10. August wurde sie von dem Tode ihres Sohnes vom Amtsgericht Nürnberg, Kreis Merseburg, in Kenntnis gesetzt. So treit in unsrer Republik der Amtsdummheit, das heißt, wenn es sich um einen Proletarier handelt, um einen gewöhnlichen Wanderer. Das sind also vier Wochen seit dem Tode dieses jungen Menschen und bis heute hat die Mutter noch nicht einmal die Todesurkunden in Händen, die ihr durch St. Bureaurokrasie vorenthalten wird.“ Diese Enttaltung wird jeder vollaus verstehen, wenn wir noch hinzuzufügen, daß es der Behörde ein Leichtes gewesen wäre, aus den Papieren des Ertrunkenen festzustellen, daß Mannheim sein letzter Aufenthaltsort war. Hätte sich die Behörde an unsren dortigen Bezirksvorstand gewandt, er hätte ihr gern die schwere Arbeit abgenommen und alles Erforderliche so in die Wege geleitet, daß zu dem tragischen Unfall nicht auch noch die verhängnisvolle Erbitterung der Angehörigen hinzugekommen wäre.

Wir arbeiten unter der Kontrolle der Raucher und der Fachwelt!

Unsere Veröffentlichungen über Tabakrezepte und neue Fabrikationseinrichtungen, die uns ausschließlich vorbehalten sind, können jederzeit durch Besichtigung unserer Fabriken nachgeprüft werden.



Darin liegt für den Raucher der grosse Wert der Veröffentlichungen.

Darin liegt aber auch der Stolz auf die Fabrikationsleistung der

REEMTSMA CIGARETTE

OVA

im Araberformat

5 Pf.



Die Reemtsma-Werke

wurden in der letzten Zeit von folgenden Delegationen studiert und als technisch vollkommenste Anlagen der Welt anerkannt:
- Fachkommission des schwedischen Tabakmonopols
- Generaldirektor der parnischen Tabakregie
- Inspektor der kantonischen Tabakregie
- Delegation der kantonischen Tabakregie
- Delegation der spanischen Tabakregie
- Delegation der italienischen Tabakregie
und viele weitere Delegationen aus Brasilien, Kuba, Argentinien, Australien, Peru, Mexiko usw.

Dies beweist das über den ganzen Erdkreis reichende Ansehen der Mischungswerkstatt der

OVA

im Araberformat

5 Pf.

Die 22 Tabaksorten

Das Rezept der Cigarette REEMTSMA OVA im Araberformat 5 Pf.

- KANTHONIA
- KANTHONIA
- SANTO
- SONIA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA
- MAHALLA

die graphische abteilung an der handwerker- und kunstgewerbeschule bielefeld ist unter der leitung von prof. trump und fachlehrer leseemann neu ausgebaut worden. die werkstätten verfügen über reichliches und sorgfältig ausgewähltes setzmaterial und sind mit pressen neuester bauart versehen. die dem bedürfnis der zeit rechnung tragende geistige einstellung der leitung bürgt für eine gründliche ausbildung des schülers. ausser dem tagesunterricht werden besondere abendkurse abgehalten. nähere auskunft erteilt kostenlos das sekretariat.



Atemnot

insbesondere Asthma, Bronchialkatarrh, Lungenentzündung, Husten, Verschleimung heilt

die wissenschaftl. anerkannte, in zahlr. Kliniken bewährte, von Professoren u. Ärzten empfohlene **Prof. Ruhnische Maske**. Preis 26,50 RM. Nachn. 3 Größ.: Männer, Frauen, Kinder. Beschreib. kostenl. Gefellsch. f. med. App., Berlin-Styhlachtenf. 67.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona

Freitag, den 7. September, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Musiksaal des „Gewerkschaftshauses“, Besenbinderhof 57:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Anfragen der zum Gewerkschaftstages angeforderten ausserordentlichen Delegierten. 3. Kollegialer geist. Austausch des Best. im Bes. d. der Bestimmung. 4. Mitgliederbuch legitimiert. Der Vorstand.

Höhere Fachschule für das graphische Gewerbe

an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Barmen. Viersemestrige feste Lehrgänge für Satz- und Buchdruck, Stein- und Offsetdruck, Chemigraphie, Photolithographie; sechssemestrige für Gebrauchsgeschichte, Modern eingeleitete Lehrwerkstätten. Einstellung des Zeugnisses der mittleren Klasse bei sechssemestrigen Studium. Semesterbeginn am 1. Oktober.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe

10. Aufl., von F. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuesten Buchdruckpreistarifs und den Richtlinien des DVB, Berlin 1928, 6,30 RM. bei Vorkaufsendung, 6,00 RM. per Nachnahme. F. B. Lindl, München, Rumpfstraße 27. Postfachkonto 910.

Junger Seher

10 Jahre alt, in ungezügelter Stelle, möchte seinen Wohnort verändern, eventuell auch als Korrektor, der auch in diesem Fach zuverlässig. Offerten unter K. L. 401 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

Fritz Starke

aus Hartmannsdorf bei Chemnitz (Kantonsbuchnummer 132/301) gib Deinen Eltern sofort Deine Adresse an oder komme selbst nach Hause wegen äußerst dringender Angelegenheit. Bitte die Zahlungseverwalter, Ct. hierauf aufmerksam zu machen. Bruno Starke. 1400

Wilhelm Lenzian

aus Hagenfelde, aus unserer Mitte getrennt. Auf dem Wege in das Geschäft wurde am 22. August durch einen Straßenunfall unser lieber Kollege, der Stereotypur

August Knapp

im Alter von 77 1/2 Jahren. Wir werden dem Verstorbenen der 40 Jahre der Organisation die Ehrennabe und seit 1920 Anwalde war, ein gutes Andenken bewahren. Die Kollegen der Firma Hammerich & Leffer („AltonaerDruckmaschinen“). Ortsverein Lehr. Bezirksverein Lehr.

Verein d. Stereotypur und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona und Umgegend

Am 22. August verstarb infolge Unfalls unfers lieber Kollege 1402

Wilhelm Lenzian

aus Hagenfelde, im 31. Lebensjahre. Eyre feinem Andenken! Der Vorstand.

Hud. Riggemeyer

Der Verstorbene gehörte 29 Jahre unser Organisation an und hat stets, auch in feiner Stellung als Faktor, die Interessen unsers Verbandes vertreten. Ein ehrenbes Andenken ist ihm allseitig zufließen. E. Riggemeyer. Buchdruckerverein.

QUELL DES WISSENS Deutsche Volkshochschule



in vier Bänden. — Dieses Werk erfährt eine ganze Bibliothek. Das Werk ist herausgegeben unter Leitung der Volkshochschule in Berlin. Es umfasst ca. 2400 Seiten mit über 1500 teils farbigen Abbildungen und orientiert Sie auf allen Wissensgebieten. Es weist Ihnen den Weg zu Erfolg und Macht in Gesellschaft und Beruf. Nicht jedem ist es vergönnt, sich umfassende Kenntnisse durch den Besuch höherer Schulen anzueignen, und auch für den Gebildeten ergibt sich im praktischen Leben oft die Notwendigkeit, Bestimmtes oder Bestimmtes nachzuholen. Hier greift dieses Werk ein. Es ist leichtverständlich geschrieben und ermöglicht Ihnen ohne Mühe und besondere Vorbildung, sich durch Selbstunterricht alles anzueignen, was an Wissen zu einer unvollständigen Bildung nötig ist. Es ist der vielen Pressezeitung: „Ein verdienstvolles Werk und würdevoll einmütig einer dringenden Forderung entgegenzukommen. Dem bescheidenen Menschen ist heute die Zeit, sich außerhalb seines Berufsgebietes durch regelrechtes Studium in Vorlesungsbüchern. Diese empfehlenswerte Arbeit ist der „Quelle des Wissens“ in jeder Weise beizuhelfen.“ Alle 4 Bände zusammen kosten in halbtücher gebunden 64 RM und werden von uns sofort vollständig ohne Preisermäßigung gegen Monatszahlungen von nur 6 RM. — Der ganze Betrag — die erste Rate — folgt gleichzellig — ist nachzunehmen. (Nichtgewünschten gef. freizugehen.) Erfüllungsort Berlin.

Buchhandlung Karl Wlod, Berlin SW 68, Köpferstraße 9. Postfachkonto 20749. Westfoto G. Welsch, Stadtasse Berlin.

Werkzeuge. Ich bestelle bei der Buchhandlung Karl Wlod, Berlin SW 68, Köpferstr. 9, 1. Abgabe in 4 Bänden. Preis des Werkes. Eine weiße Holzschale in 4 Halbtücherbänden 64 RM. — Gegen Anzahlung — gegen Monatszahlungen von 6 RM. — Der ganze Betrag — die erste Rate — folgt gleichzellig — ist nachzunehmen. (Nichtgewünschten gef. freizugehen.) Erfüllungsort Berlin.

Ort (Post) u. Datum:
Name u. Stand:
Adresse:

Chätigen Interhypothek

seit fort über früher ein „Münchener Zeitung“, Münsterl. W., Neudrücken, Nr. 11.

Wir stellen sofort einige tüchtige Galvanoplastiker ein und bitten Bewerber, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

G. Vogel, Pfingst, Abteilung 301.

Wir suchen einen Galvanoplastiker

und einen Graveur zum Prägen und Abschneiden von Galvano aus dem guten Vohn. Reichert & Müller, Stuttgart, Immenhofer Straße 11.

Walebälge

Verlag des Bildungsverbandes der D. D. Ombis, Berlin SW 61.

Junges, freiberufliches Inseraten- und Adressenverzeichner

wünscht sich zum 1. Oktober nach Dresden od. Weisbach, zu veränd. Offerten unter Nr. 399 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

Winkelhaken

von 3 RM. an liefert K. Fiegl, München 9, Kolymbustrasse 1.

Adressen- und Anzeigenverzeichner

22 Jahre alt, ledig, in ungezügelter Stellung, sucht sofort oder später Kandidat. Offerte unter Nr. 393 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

Photo-Apparate

günstige Teilzahlung (1/30 Anz., Rest 12 Monatsraten). Viele Empfehlungen von Berufskollegen. Dresden, Dresdenstr. 1. Preis, Dresdenstr.